

# Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeber:  
Landeshauptstadt Stuttgart  
Statistisches Amt



## Themen

4/2000

Ltd. Stadtverwaltungsdirektor a.D. Manfred von Schaewen  
zum 70. Geburtstag

Urban Audit und weitere Ansätze zur international  
vergleichenden Städtestatistik

Urban Audit - Altersaufbau in deutschen Großstädten  
im Vergleich

ICOSTAT - vom Statistischen Jahrbuch zum  
Interkommunalen Data Warehouse

Zur Testerhebung des Zensus 200X

Wahlentscheidende Aspekte der Gemeinderatswahl 1999  
in Stuttgart, Mannheim und Baden-Württemberg





## Ltd. Stadtverwaltungsdirektor a.D. Manfred von Schaewen zum 70. Geburtstag

Am 19. April 2000 feierte Manfred von Schaewen seinen 70. Geburtstag. Bei guter Gesundheit, voller Energie und Schaffenskraft, immer „auf Achse“ und noch in vielfältiger Weise mit seinem früheren Tätigkeitsfeld verbunden, erlebt der ehemalige Amtsleiter des Statistischen Amtes seinen Ruhestand.

In persönlicher und beruflicher Verbundenheit mit dem Menschen und dem Statistiker Manfred von Schaewen gratulieren die ehemaligen Mitarbeiter und Kollegen zu seinem 70. Geburtstag.

Von Schaewen trat als Diplom-Volkswirt am 1. April 1965 in die Dienste der Landeshauptstadt ein. Zuerst leitete er neun Jahre die Abteilung Stadtforschung. Sein wichtigstes Werk aus dieser Zeit ist die Monographie „Stuttgart und die Region Mittlerer Neckar“. Das 1973 im Kohlhammer-Verlag erschienene, viel beachtete Buch (das er zusammen mit Klaus Kaiser verfasste) zeigte sehr eindrucksvoll die demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen, Veränderungsprozesse und Verflechtungsbeziehungen der Kernstadt Stuttgart und seiner Region in den 60er und 70er Jahren auf. 1974 wurde Manfred von Schaewen Nachfolger von Dr. Speerschnieder in der Leitung des Statistischen Amtes, dem bis 1988 auch die Zuständigkeit für das Zentrale Einwohnerwesen der Stadt übertragen war.

Die Verbindung von Statistik und Meldewesen hat nicht nur sein Wirken in Stuttgart maßgeblich geprägt, ihr verdanken auch die im Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) zusammengeschlossenen Kommunen eine Reihe richtungsweisender Vorträge und Berichte. Ein weiterer wichtiger Beitrag war der von ihm verfasste Erfahrungsbericht des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSt) in Verbindung mit dem Deutschen Städtetag (DST) zur Volkszählung 1987.

Das Engagement für die überörtliche Kooperation hat das ganze berufliche Leben Manfred von Schaewens geprägt. Er setzte sich für die landeseinheitlichen Verfahren im Meldewesen und in der Kommunalstatistik Baden-Württembergs ein. Im Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) übernahm er vor 14 Jahren das so zentrale Amt des Schatzmeisters und hat in dieser Form im engeren Vorstand des Verbandes die Geschicke der deutschen Städtestatistik in den 1980er Jahren wesentlich mitbestimmt.

Nicht zuletzt gehörte von Schaewen zu den Wegbereitern der Idee der automatisierten Informationsverarbeitung in der Kommunalstatistik zu Beginn der 1980er Jahre (PENTA-Projekt). Von Schaewen war einer der Gründer des KO-SIS-Verbundes, einem Zusammenschluss der Kommunen und regionalen Rechenzentren zur gemeinschaftlichen Entwicklung kommunaler statistischer Informationssysteme.

Dieses Wirken für die Kommunalstatistik insgesamt brachte zahlreiche überörtliche Verpflichtungen mit sich. Genannt seien nur die Vertretung der kommunalen Spitzenverbände im Fachausschuss Bevölkerungsstatistik beim Statistischen Bundesamt, die Mitwirkung im Arbeitskreis Volkszählung von Bund, Länder, Kommunen und der stellvertretende Vorsitz im Statistischen Ausschuss des Deutschen Städtetags.

Besonderes Interesse brachte von Schaewen stets den Wahlen entgegen, in ihren wahlforscherischen Fragestellungen ebenso wie in ihren organisatorischen Aspekten. Unter von Schaewens Ägide waren im Statistischen Amt weit über 20 verschiedene Wahlen vorzubereiten und durchzuführen. Dank seinem Sinn für eine zielorientierte Organisation und seiner Aufgeschlossenheit gegenüber technischen Neuerungen wurde frühzeitig und konsequent der Ausbau der Datenverarbeitungsunterstützung der Wahlaufgaben forciert, ohne die heute zum Beispiel das immens gestiegene Briefwahlaufkommen nicht mehr zu bewältigen und ohne die auch ein umfassender Bürgerservice nicht möglich wäre. Auf von Schaewens Initiative hin wurde die sehr zeitaufwendige, komplizierte und anfangs weitgehend manuelle Stimmenaushaltung bei Gemeinderatswahlen ständig verbessert und dem neuesten Stand der Technik angepasst.

Manfred von Schaewen verließ im Alter von 62 Jahren nach 27 Dienstjahren den aktiven Dienst der Landeshauptstadt. Er hat das Statistische Amt an der Schwelle zu seinem 100jährigen Bestehen auf den Weg zu einem fachlich anerkannten, modernen Dienstleistungsbetrieb gebracht.



Klaus Trutzel\*

## Urban Audit und weitere Ansätze zur international vergleichenden Städtestatistik

### Qualifizierter Städtevergleich - Herausforderung für die Städtestatistik

Die Städtestatistik hat ihre Anstrengungen massiv verstärkt, ihre politische Relevanz aufzuzeigen und ins Bewusstsein zu rücken. Voraussetzung und Ausgangspunkt hierfür ist insbesondere die Zusammenarbeit der städtestatistischen Ämter. Politik orientiert sich auch an quantitativen Zielen; Einordnung und Bewertung wird durch Vergleich möglich, der freilich an nationalen Grenzen nicht Halt macht. Deshalb vollziehen sich städtestatistische Arbeiten zunehmend auch im internationalen Rahmen. Die Wahrnehmung dieser neuen Aufgaben durch die Städtestatistik leitet sich zwingend aus ihrer fachlichen Kompetenz ab, die sich in der Bereitstellung und Sicherung der statistischen Information zeigt.

Zentrale Qualitätskriterien der Statistik sind

- die anwendungsspezifische Relevanz der bereitgestellten Daten,
- die Treffsicherheit der Informationen, das heißt ihre Problemnähe in sachlicher, räumlicher und zeitlicher Hinsicht,
- die Aussagekraft der Informationen, die maßgeblich von der Vergleichbarkeit der zugrunde liegenden Daten abhängt, und
- die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Informationen aufgrund ausreichender Datenbeschreibung und sicherer Quellen.

Die städtestatistischen Ämter haben eine gute Chance, sich in der Konkurrenz mit privaten und mit anderen halböffentlichen und öffentlichen Anbietern zu behaupten. Voraussetzung ist, dass sie sich neben der Datenbereitstellung auf die zentrale Aufgabe der Qualitätssicherung besinnen, und wenn sie ihre Aktivitäten darauf hin ausrichten.

Entsprechende Bemühungen der Städtestatistik treffen auf einen wachsenden und zunehmend politisch begründeten Bedarf, denn städtevergleichende Führungsinformationen werden auf allen Ebenen der Politik benötigt und nachgefragt.

Beispiele für solche Forderungen und realisierte Städtevergleich sind u. a.

- das Urban Observatory des UN Centre for Human Settlements (Habitat),
- die Urban Statistics Data Base (USD) von EUROSTAT,
- der Indikatorenkatalog zur Raumbesichtigung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und Regionalstat der Statistischen Landesämter,
- der Forderungskatalog der Konferenz der Stadtentwick-

lungsplaner,

- der Indikatorenkatalog für die Lokale Agenda 21,
- der Indikatorenkatalog des Urban Audit.

Auf diese wachsenden politischen Anforderungen hat die Städtestatistik mit Unterstützung des Deutschen Städtetages bereits konstruktiv reagiert:

- Mit Blick auf die im städtischen Interesse liegenden Anforderungen der EU-Kommission hat sich die KOSIS-Gemeinschaft bei Urban Audit deutlich mehr engagiert, als es für einen reinen Datenlieferanten notwendig gewesen wäre. So ist es gelungen, der Forderung nach einer künftig unmittelbaren Beteiligung der Städte als Projektpartner (und nicht nur als Beobachtungsobjekte) Gehör zu verschaffen.
- EUROSTAT hat zur jährlichen Beratung der nationalen Statistischen Ämter auch die Vertreter der deutschen und der finnischen Städte eingeladen und Gelegenheit zum Vortrag ihrer Vorstellungen gegeben.
- Mit den Vertretern des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter in diesem Kreis konnte eine gemeinsame Stellungnahme zum Projekt eines städtestatistischen Indikatorenkataloges (Anite) abgegeben werden.
- Unter der Moderation des BBR wurde ein Projektvorschlag zur Schaffung einer durchgängigen Datenbasis vom Stadtteil bis zur Region in einem Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik erarbeitet, der nun dem Statistischen Ausschuss des Deutschen Städtetags und der Konferenz der Amtsleiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Zustimmung vorliegt. Dieses Vorhaben schließt auch an die Innerstädtische Raumbesichtigung (IRB) an und wird mit der Vermarktungsorganisation der KOSTAT-DST GmbH zu verknüpfen sein.
- Vor allem wurde die grundlegende Modernisierung städtevergleichender Datensammlung und Datenangebote im Projekt „interkommunale statistische Datenbasis“ (ICOSTAT) beschlossen.

Im Hinblick auf all diese zielführenden Aktivitäten hat die KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit nicht nur Daten an Brüssel abgeliefert, sondern diese Daten auch selbst zur weiteren Verwendung im Rahmen des städtevergleichenden Datenangebotes erfasst. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang auch die arbeitsteilige Organisation in der KOSIS-Gemeinschaft gewesen, die sich in der angestrebten Organisation des ICOSTAT-Projektes wieder findet, mit dem der Städtevergleich im Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden und in der Vergleichenden Großstadtstatistik durch inhaltlichen und technischen Umbau zu einem modernen städtevergleichenden statistischen Informationssystem gewandelt werden soll.

### Organisation des Urban Audit

Die für die europäische Regionalpolitik zuständige Generaldirektion Regio hat auf der Basis verschiedener Vorarbeiten 1998 einen Dienstleistungsauftrag an das belgisch-britische Konsortium ERECO/ECOTEC erteilt, innerhalb von 12 Monaten einen auf Indikatoren zur Lebensqualität basierenden Vergleich von 58 ausgewählten europäischen Großstädten (vgl. Übersicht 3) durchzuführen und dafür eine entsprechende Datenbank aufzubauen. Ein Netz von nationalen Korrespondenten sollte die Daten in den beteiligten Städten einsammeln. Die amtliche Statistik war an dem Pilotvorhaben nicht beteiligt. In Deutschland war das Deutsches Institut für Urbanistik der beauftragte Korrespondent, das seinerseits den KOSIS-Verbund in die Abwicklung einschaltete. Die beteiligten Städte bildeten eine KOSIS-Gemeinschaft, die von der Stadt Nürnberg betreut wurde und mit dem Deutsches Institut für Urbanistik einen Kooperationsvertrag abgeschlossen hat.

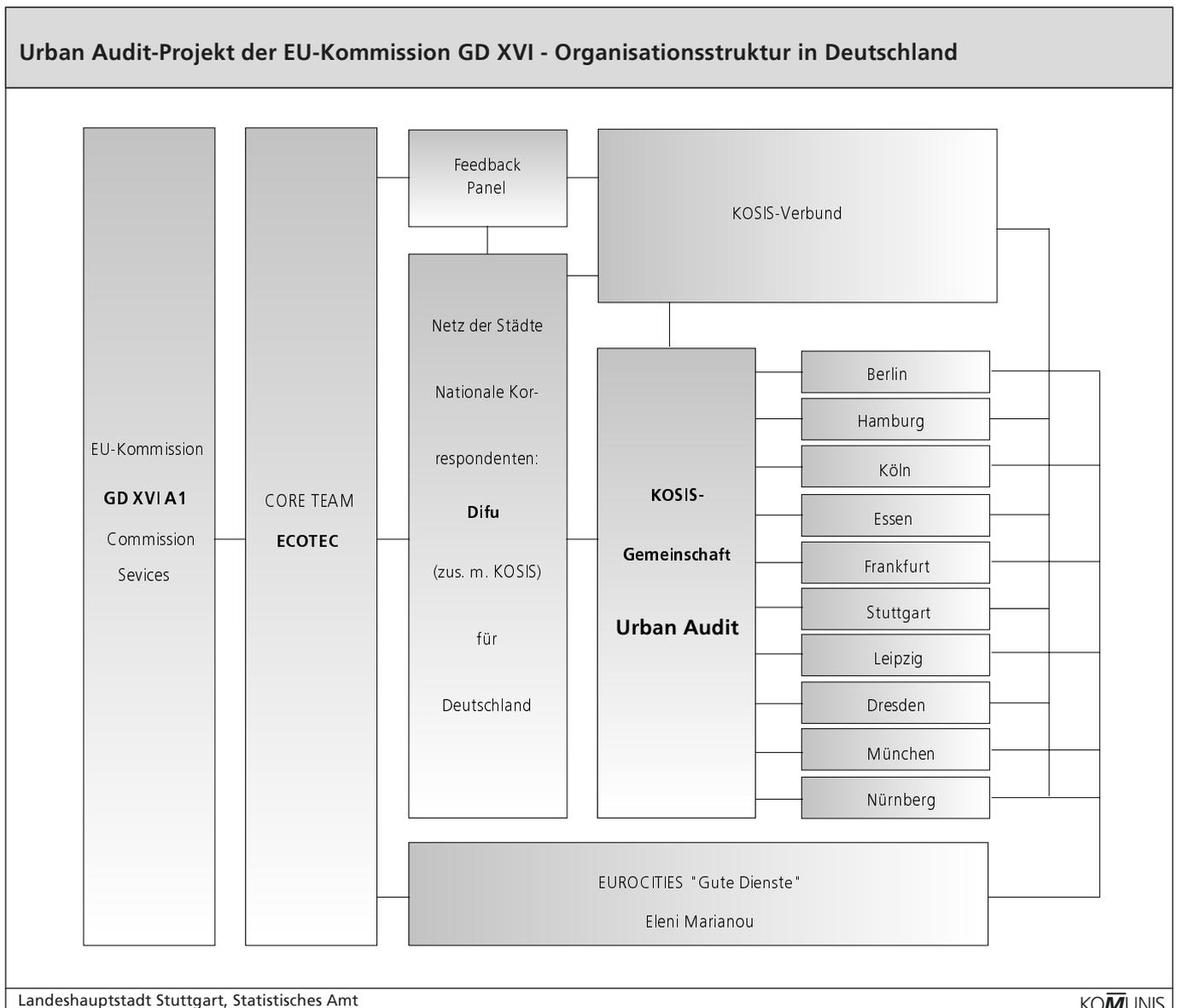
Die komplizierte Organisation des Projekts zeigt folgendes Schaubild (vgl. Übersicht 1), das auch verdeutlicht, dass zwi-

schen den Städten und der EU-Kommission keine direkten Vertragsbeziehungen bestanden. Dies muss bei der Fortsetzung des Projektes geändert werden.

Folgende deutschen Städte wurden von der EU-Kommission ausgewählt und waren beteiligt:

Berlin	Köln
Dresden	Leipzig
Essen	München
Frankfurt	Nürnberg
Hamburg	Stuttgart

Von allen Städten wurden auch Daten für Stadtteile abgefragt, und bei Frankfurt und Stuttgart auch solche für das verdichtete Umland. Während die Abgrenzung der Stadtteile den Städten überlassen blieb, wurde für die Region eine an der Siedlungsdichte festgemachte Abgrenzung fest vorgegeben. Diese am Kriterium Siedlungsdichte ausgerichtete räumliche Abgrenzung sorgte für Konflikte mit einigen betroffenen Städten, die übereinstimmend auf funktionale Abgrenzung drängten.



## Erwartete Ergebnisse des Pilotprojekts Urban Audit

Die in den Ausschreibungsspezifikationen geforderten Ergebnisse sind:

- ein Audit je Stadt,
- ein vergleichender Abschnitt, in dem alle Städte für die einzelnen Indikatoren zueinander in Beziehung gebracht werden,
- ein Städteaudit-Handbuch, das den Städten im Anschluss zur Verfügung gestellt werden kann.

Öffentlich verfügbar sollen folgende Produkte sein:

- Das Jahrbuch - eine komprimierte Analyse, stadtbezogene Zusammenfassungen und Vergleichstabellen in Englisch und Französisch.
- Das Handbuch - ein Leitfaden für die Städte, die derzeit und in Zukunft am Urban Audit teilnehmen. Es enthält Listen mit den verwendeten Datenquellen in Englisch und Französisch.
- Die Website - mit weiteren detaillierten Ergebnissen bezogen auf Stadt, größere Gebietseinheit und Stadtteil. Karten zur Landnutzung und Bevölkerungsdichte; eine Bi-

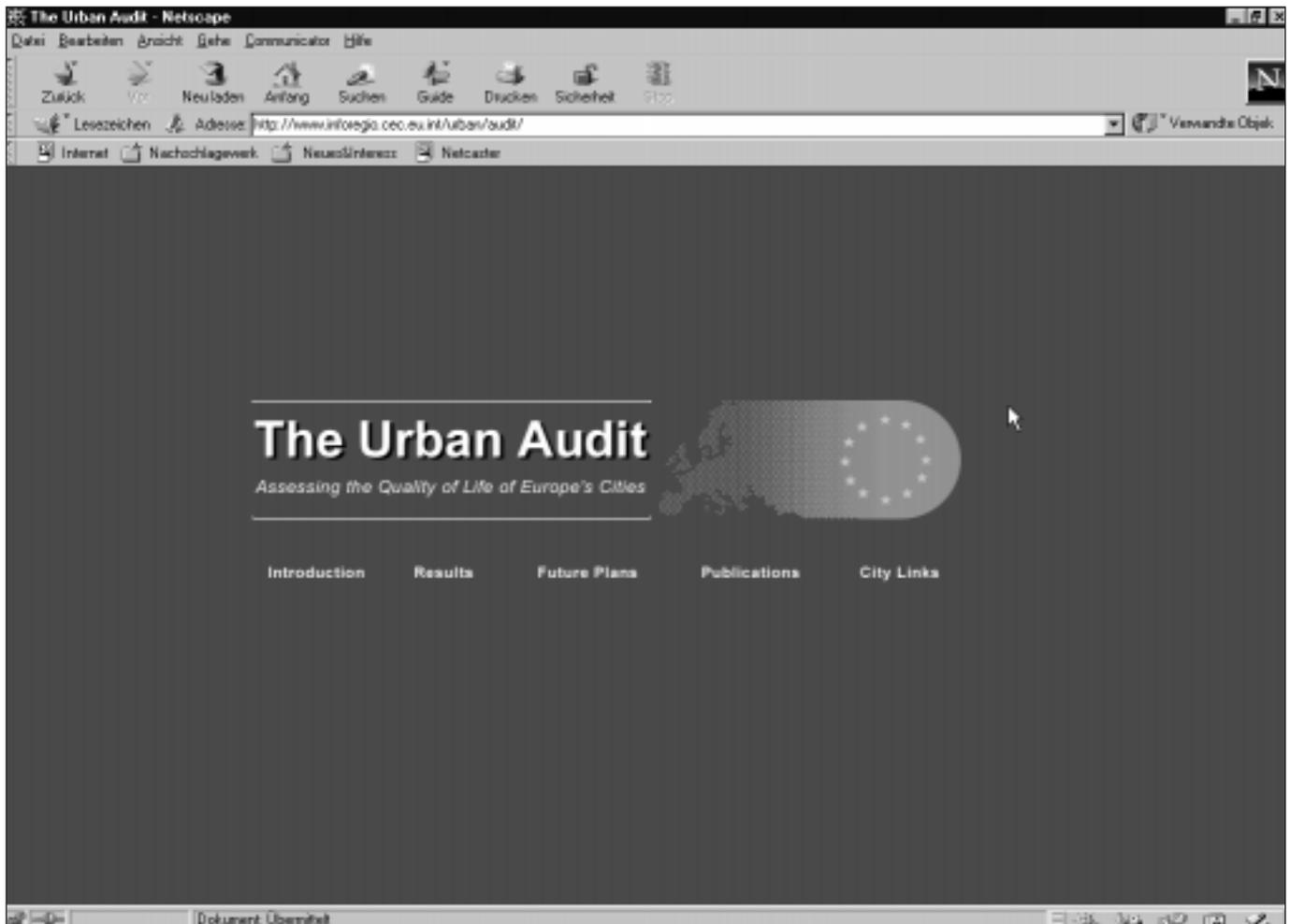
bliographie mit Anmerkungen, Möglichkeit zum Herunterladen des Jahrbuchs und des Handbuchs sowie Hyperlinks zu vielen anderen Sites.

Weiter will die Kommission bereitstellen:

- Eine Städteübersicht der Ergebnisse.
- Ergebnisse von Interviewererhebungen der persönlichen Sicht.
- Eine Übersicht über die (berücksichtigten und nicht berücksichtigten) Indikatoren.
- Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Datenverfügbarkeit für die berücksichtigten Indikatoren.
- Eine Datenbank, auf deren Inhalt zugegriffen werden kann.
- Das Arbeitsprogramm mit Empfehlungen für die Kommission.

## Weiteres Vorgehen

Die Kommission stellt die Ergebnisse des Urban Audit ab Frühsommer 2000 bereit. Sie können dann im Internet benutzt werden (vgl. Übersicht 2).



Übersicht 2: Internet-Startseite des Urban Audit-Projektes

Eine Auftaktveranstaltung für die „zweite Runde“ des Urban Audit in der die Arbeiten fortgeführt werden sollen, die ursprünglich in diesem Zusammenhang geplant waren, wird voraussichtlich im September stattfinden.

Die Städtestatistik muss diese Zeit nutzen und bis zur Sommerpause ihre Vorstellungen zu den anstehenden Projekten, einschließlich des Urban Audit, präzisieren, Projekt-schritte planen und Schritte zu ihrer Realisierung unternehmen. Es empfiehlt sich, die entsprechenden Bemühungen zwischen den anstehenden Projekten zu bündeln. Danach bietet sich folgende Gruppierung der anstehenden Aufgaben an:

- Erstens, die Bildung fachlicher Gruppen zur Bestimmung der Datenkataloge, Klärung der Datenquellen und Festlegung der Definitionen. Bei letzterem kann u. a. auf den Definitionenkatalog der Bundesstatistik, auf die Arbeiten

des BBR und auf die Ansätze im Anite-Projekt von EUROSTAT zurückgegriffen werden.

- Zweitens müssen parallel dazu die Indikatoren festgelegt werden, für die die Basisdaten bereitgestellt werden sollen. Ansatzpunkte hierfür sind neben Urban Audit die Indikatoren des Urban Observatory, des Anite Projekt, der OECD, der europäischen Umweltagentur, der Raumbeobachtung des BBR, der Konferenz der Stadtentwicklungsplaner und der Lokalen Agenda 21.
- Drittens schließlich sollte sich eine Gruppe mit geeigneten regionalen Abgrenzungen auseinander setzen und dabei auch die Bemühungen in anderen europäischen Ländern berücksichtigen.

Die deutsche Städtestatistik hat hier nicht nur eine fachliche, sondern auch eine wichtige Koordinations- und Integrationsaufgabe zu leisten, bei der sie auf die Unterstützung des DST zählen kann.



Übersicht 3: Internet-Seite mit der geographischen Verteilung der 58 Auswahlstädte

\* Klaus Trutzel ist Leiter des Amtes für Stadtforschung und Statistik in Nürnberg und Vorsitzender des KOSIS-Verbundes.

Utz Lindemann

## Urban Audit - Altersaufbau in deutschen Großstädten im Vergleich

Im Jahre 1997 hat die Generaldirektion XVI der Europäischen Kommission das Projekt „Urban Audit“ ins Leben gerufen. Die Generaldirektion will damit einen Beitrag zur statistischen Messung der Lebensqualität im europäischen Großstadtvergleich leisten. 58 europäische Städte haben sich an dem Projekt beteiligt. In Deutschland wurden zehn deutsche Städte für das Städte-Audit ausgewählt: Neben Stuttgart sind dies Berlin, Hamburg, Essen, Frankfurt/M., Köln, Leipzig, Dresden, München sowie Nürnberg.

In einem weit gefächerten Datenkatalog stehen an vorderster Stelle Informationen zur Bevölkerungsstruktur und zu den Haushalten. Der folgende Beitrag befasst sich mit dem Altersaufbau der Bevölkerung in den zehn deutschen Vergleichsstädten.

Der Altersaufbau der Bevölkerung ist ein zentrales Strukturmerkmal. Direkt vom Alter ableitbar sind zahlreiche Grundbedürfnisse und Aktionsfelder der Menschen und somit der Bedarf an öffentlicher wie privater Infrastruktur.

Aktuelle Alterspyramiden der Bevölkerung in Deutschland zeigen eine stark gegliederte, unausgewogene Struktur. Zwei Weltkriege haben noch immer erkennbare Spuren hinterlassen. Personen im Rentenalter sind heute zu zwei Dritteln weiblich - die Männer sind aufgrund geringerer Lebenserwartung entweder bereits gestorben oder zum überwiegenden Teil im Krieg umgekommen. Andererseits prägen wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen die Einstellung zum Kind. Die Jahre nach den Weltkriegen oder während wirtschaftlicher Krisenzeiten zeigen deutliche Geburtenausfälle. Aufgrund der Möglichkeiten, die die moderne Medizin bietet, wird in jüngerer Zeit beim Nachwuchs nichts mehr dem Zufall überlassen. Im Vergleich zur Zahl der Kinder zu Beginn der 60er Jahre hat sich das Geburtenaufkommen deutlich reduziert - in Stuttgart fast halbiert. Seit Mitte der 70er Jahre stagniert hier die Zahl der Kinder bei 5000 pro Jahr, sieht man von einem „Mini-Geburtenboom“ zu Beginn der 90er Jahre ab, der sich als Sekundärberg der geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre abhebt. Die Kennziffer „Zusammengefasste Geburtenziffer“, die das generative Verhalten sehr neutral wiedergibt, liegt bei Deutschen seit etwa 1975 zwischen 1,1 und 1,2 Kindern je Frau. Selbst Ausländer bleiben deutlich unter zwei Kindern je Frau, die nötig wären, die Bevölkerung zu reproduzieren.

Abbildung 1 zeigt den Stuttgarter Altersaufbau von 1974 und 1999 im Vergleich. Zwischen beiden Zeitständen liegt etwa ein Generationenabstand. Die Einwohnerzahl Stuttgarts ist in diesem Zeitraum um zehn Prozent, von 614 700 auf 551 000, gesunken. Die Pyramide macht deutlich, welche Altersgruppen dieser Verlust besonders getroffen hat. Die Geburtenausfälle haben heute im unteren Bereich der Pyramide deutlich schwächer besetzten Jahrgänge zur Fol-

ge als Mitte der 70er Jahre. Der „Pillenknick“, der - aufgrund der Geburtenzahlen - 1999 eigentlich bei den 25-Jährigen liegen müsste, ist in Stuttgart durch Zuwanderung überformt.

Die Altersstruktur einer Stadt hängt demnach nicht nur von Geburten und Sterbefällen ab, sondern wird im entscheidenden Maß auch von Strukturveränderungen durch Wanderungen geprägt. In Städten mit attraktivem Ausbildungsangebot verschleiern Wanderungsgewinne von Auszubildenden und Studierenden das Ausmaß des Geburtenrückgangs und drücken den „Pillenknick“. In Stuttgart scheint er etwa bei den 17-Jährigen zu verharren; lediglich der Gipfel der geburtenstarken Jahrgänge altert, mit leichter Verzögerung, erwartungsgemäß. Im Vergleich können deshalb in der Altersgruppe der 16- bis unter 25-jährigen unterschiedliche Entwicklungen in den am Audit beteiligten Städten erwartet werden.

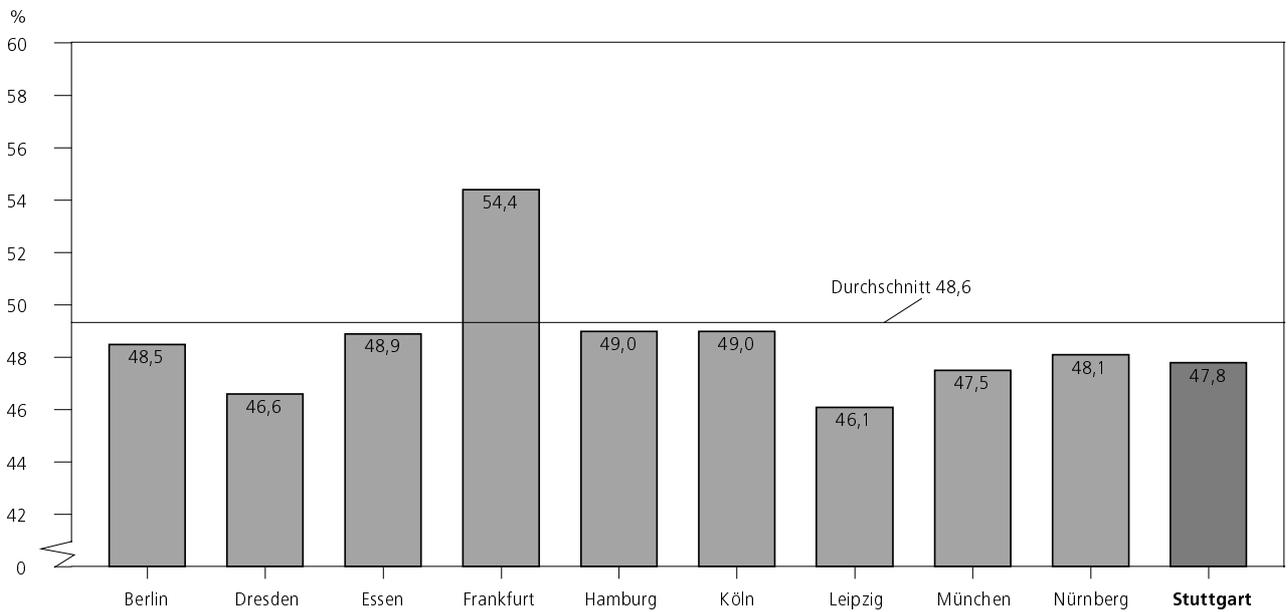
Attraktive Ausbildungsangebote bieten demnach gute Voraussetzungen junge Menschen in die Städte zu holen und so die Altersstruktur zu verbessern. Doch spätestens in der Phase der Familiengründung zeigt sich, ob die Städte den Standortvorteil nutzen und die jungen Familien in ihren Mauern halten können. Stuttgart weist für Personen ab 30 Jahren eine negative Wanderungsbilanz auf. Ein Großteil der Wanderungsgewinne, der auf der positiven Bilanz der 20- bis 30-jährigen beruht, geht somit wieder verloren. Da auch für Kinder bis zum Einschulungsalter eine negative Bilanz zu beobachten ist, kann geschlossen werden, dass die Stadt vor allem junge Familien verliert. Dies hat die Stuttgarter Wegzugsmotivbefragung von 1997 bestätigt.

Ziel der meisten Wegziehenden ist das Umland. In Stuttgart haben etwa die Hälfte aller Wegzüge in das Inland die angrenzenden Landkreise als Ziel. In Städten, die in den 70er Jahren kräftig eingemeindet haben, müsste der anteilmäßige Verlust geringer ausfallen. Wie Stuttgart im überregionalen Vergleich dasteht, wird die Analyse der Altersgruppe „Kinder unter 6 Jahren“ in Verbindung mit den Eltern zeigen. Die Altersgruppe dieser Eltern ist im Audit allerdings nicht optimal wieder zu finden. Aus Stuttgarter Sicht müsste es die Gruppe zwischen 30 und 40 Jahren sein - zur Auswahl stehen aber nur 25- bis 34-jährige oder 35- bis 44-jährige. Beide Altersgruppen werden darüber hinaus vom alternierenden Durchaltern geburtenstarker und geburtenschwacher Jahrgänge stark überformt. Allein auf der Basis des verfügbaren Datenmaterials ist es deshalb gewagt, Aussagen zu den Städten vom Entwicklungsgang der Elterngeneration abzuleiten. Stellvertretend sollen deshalb nur die unter 6-jährigen betrachtet werden.

Ein weiterer Eingriff in den Altersaufbau einer Stadt erfolgt im Zusammenhang mit dem Eintritt in das Rentenalter. In der Altersgruppe der 55- bis 65-jährigen steigen die Wan-



### Frauen im Alter von 25 bis unter 35 Jahren im Großstadtvergleich 1996



Quelle: Urban Audit

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMUNIS

Abbildung 2

90

Unter 65 Jahren sind Frauen mit einem Anteil von 49 Prozent dagegen schon in der Minderzahl. Noch deutlicher werden die Unterschiede im Heiratsalter - hier die Altersgruppe 25 bis unter 35 Jahre (Abbildung 2). Nur in Frankfurt gibt es mit 54 Prozent mehr Frauen als Männer. Im Durchschnitt erreichen die Frauen in dieser Altersgruppe nur einen Anteil von 48,6 Prozent. Hamburg, Köln und Essen liegen knapp über dem Durchschnitt, Berlin, Nürnberg, Stuttgart und München knapp darunter. In den beiden ostdeutschen Städten liegt der Anteil mehr als 2 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt. Dort müssen sich Männer anstrengen, eine Partnerin in ihrer Altersgruppe zu finden.

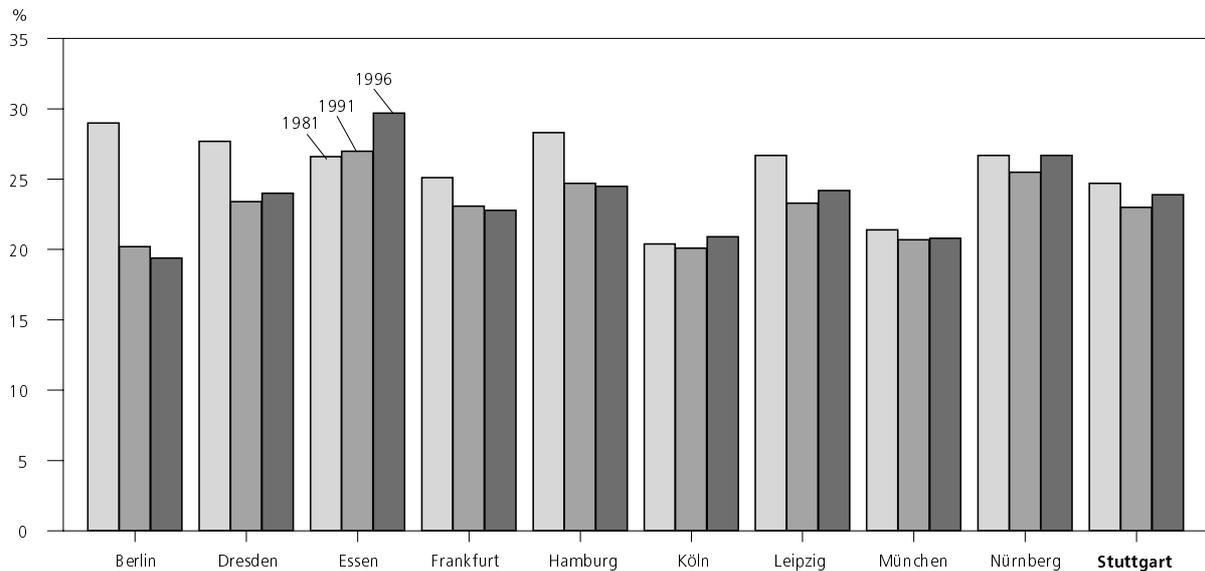
Die Kennziffer „Alterslastquote“, die die Relation der Personen im Rentenalter zu den erwerbsfähigen Personen beschreibt, ermöglicht statistische Vergleiche im Zeitablauf und zwischen den beteiligten Großstädten. Personen im Rentenalter sind definitionsgemäß „65 Jahre oder ältere“, Personen im erwerbsfähigen Alter die „15- bis unter 65-jährigen“. Aus der vorliegende Altersgruppierung können die Personen im Rentenalter direkt abgeleitet werden, für die Personen im erwerbsfähigen Alter werden die „16- bis unter 65-jährigen“ verarbeitet.

Im Durchschnitt der im Audit vertretenen Großstädte müssen 1996 100 Erwerbsfähige 24 Personen im Rentenalter versorgen. Entgegen der Erwartung liegt der aktuelle Wert unter dem Wert von 1981 (26) aber schon wieder leicht über dem Wert von 1991 (23). Diesen scheinbaren Wider-

spruch klärt ein Blick auf die Alterspyramide. Beim Durchaltern der vier geburtenschwachen Jahrgänge des Ersten Weltkriegs sinkt die Besatzzahl der betrachteten Altersgruppe deutlich und steigt dann wieder an. Da dies Phänomen aber für alle betrachteten Städte gilt, kann es hier vernachlässigt werden, wenn keine falschen Schlüsse davon abgeleitet werden. Infolge der demografischen Gegebenheiten ist grundsätzlich davon auszugehen, dass eine weiter sinkende Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter eine weiter steigende Zahl von Personen im Rentenalter versorgen muss.

Abbildung 3 zeigt die Alterslastquoten für die am Audit beteiligten Städte im Zeitvergleich. Zwischen den einzelnen Städten gibt es große Unterschiede bei der Relation Rentner zu Erwerbsfähigen und im Entwicklungsgang. Mit 30 von 100 Erwerbsfähigen zu versorgenden Ruheständlern ist 1996 die „Alterslast“ in Essen mit sechs Punkten über dem Durchschnitt, am höchsten. Nürnberg folgt mit drei Punkten über dem Durchschnitt. Knapp über dem Durchschnitt liegen Hamburg, Leipzig, Dresden und Stuttgart. Bessere Werte weisen Köln und München auf, die mit 21 zu Versorgenden deutlich unter dem Durchschnitt bleiben. Den niedrigsten Wert und die beste Entwicklung weist die neue Bundeshauptstadt Berlin auf. 1996 sind dort knapp 20 Personen im Rentenalter von 100 Erwerbsfähigen zu versorgen. 1981 hatte Berlin mit 29 zu 100 noch die schlechteste Relation aufzuweisen.

### Alterslastquote im Großstadtvergleich 1981, 1991 und 1996



Quelle: Urban Audit

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMUNIS

Abbildung 3

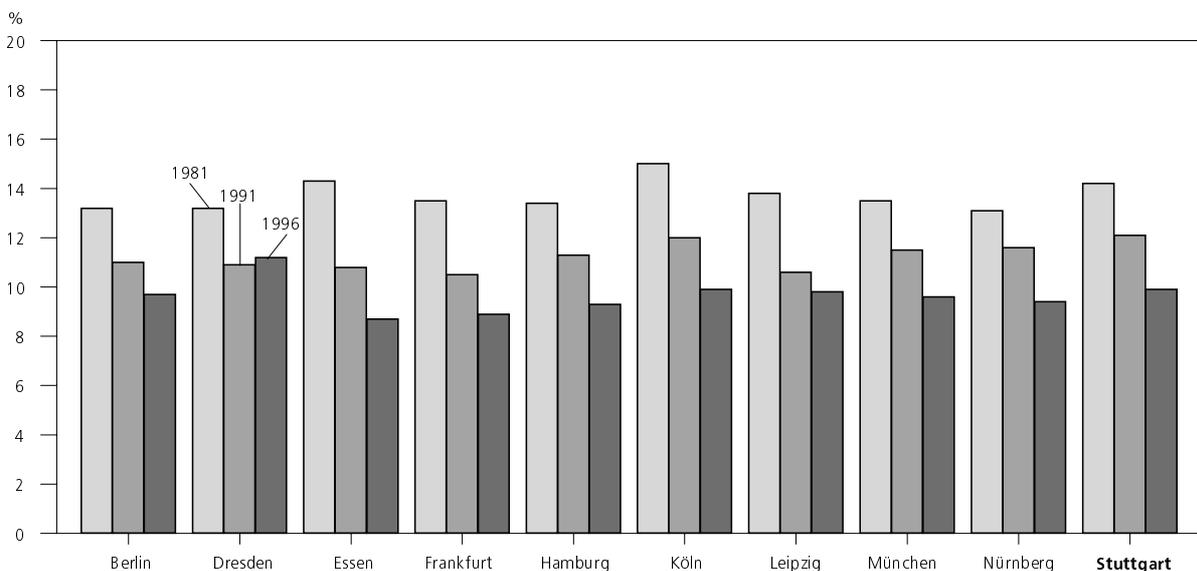
### Betrachtung ausgewählter Altersgruppen

In der Altersgruppe der 16- bis unter 25-jährigen, der Altersgruppe, die die Ausbildungseinrichtungen in den Städten in Anspruch nimmt und für eine positive Wanderungsbilanz sorgt, liegt aktuell Dresden, mit einem Anteil von über 11 Prozent an den Einwohnern insgesamt, deutlich an

der Spitze (Abbildung 4). Dahinter liegt ein Feld von fünf Städten mit durchschnittlichen Anteilswerten von knapp unter 10 Prozent, das von Stuttgart und Köln angeführt wird. Nürnberg und Hamburg bleiben leicht hinter dieser Gruppe zurück, liegen aber ebenfalls noch über der 9-Prozent-Marke, während Frankfurt und Essen unter einem Anteil von neun Prozent bleiben.

91

### Einwohner im Alter von 16 bis unter 25 Jahren im Großstadtvergleich 1981, 1991 und 1996



Quelle: Urban Audit

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMUNIS

Abbildung 4

Im Vergleich zu 1981 hat sich der Anteil dieser Altersgruppe an allen Einwohnern um etwa vier Prozentpunkte verringert. Köln weist mit 5,1 Prozentpunkten den stärksten Rückgang auf und verliert seinen Spitzenplatz. Stuttgart und Essen waren 1981 mit über 14 Prozent unter den Spitzenreitern. Den zweiten Platz konnte jedoch nur Stuttgart verteidigen - Essen ist auf den letzten Platz zurückgefallen. Den geringsten Rückgang weist Dresden auf. 1981 hat es mit Berlin und Nürnberg noch die letzten Plätze belegt. Dresden ist darüber hinaus die einzige Großstadt im Audit, die den Anteil dieser Altersgruppe von 1991 auf 1996 steigern kann.

Die überregionale Attraktivität kann bei den westdeutschen Großstädten besonders aus dem oben erläuterten Auffüll-effekt der vom „Pillenknick“ betroffenen Altersjahre aus der Entwicklung 1991 zu 1996 abgeleitet werden. Hier weist neben Berlin Frankfurt den geringsten Rückgang auf. Berlin profitiert in dieser Altersgruppe allerdings etwas vom Strukturunterschied zu Ostberlin und Ostdeutschland, wo der Geburtenrückgang der 70er Jahre deutlich geringer ausgefallen ist. Die anderen Städte liegen alle dicht beieinander und werden von München angeführt. Stuttgart landet vor Nürnberg auf dem vorletzten Platz.

Der Anteil der Kinder unter 6 Jahren (Abbildung 5) an den Einwohnern insgesamt erreicht 1996 im Durchschnitt der ausgewählten Städte 5,2 Prozent. In Deutschland insgesamt liegt der Anteil dieser Altersgruppe mit 5,9 Prozent erwartungsgemäß etwas darüber. Die beiden ostdeutschen Städte bleiben wegen des seit Beginn der 90er Jahre dra-

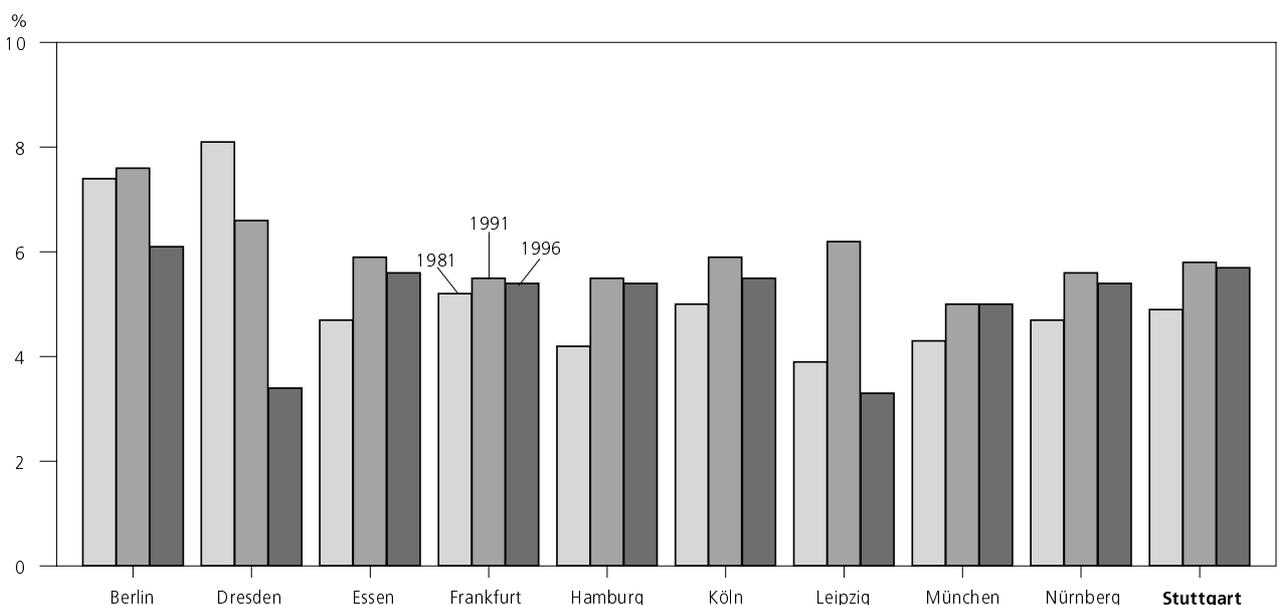
matisch gesunkenen Geburtenaufkommens, mit etwa 3,3 Prozent, weit unter dem Durchschnitt. Berlin liegt 1996 als einzige Stadt über dem Bundesdurchschnitt und führt mit einem Anteil von 6,2 Prozent die Vergleichsgruppe an. Einerseits scheint Berlin für Familien attraktiv zu sein, was auch der überdurchschnittliche Anteil der Altersgruppe der 35- bis 44-jährigen stützt, andererseits tragen sicher auch die zahlreichen türkischen Familien mit ihrem überdurchschnittlichen Geburtenaufkommen, zu dieser Führungsposition bei.

Im Vergleich zu 1991 ist 1996 in allen Vergleichsstädten der Anteil der unter 6-jährigen an den Einwohnern gesunken. Berlin, das 1991 wie 1996 den höchsten Anteil der Altersgruppe aufweist, muss, nach den ostdeutschen Städten, den kräftigsten Rückgang hinnehmen. Unter den westdeutschen Städten sinkt der Anteil der Kinder unter sechs Jahren in Köln und Essen am stärksten.

7,4 Prozent der Menschen in Großstädten sind 1996 75 Jahre alt oder älter (Abbildung 6). Im Vergleich zu ganz Deutschland (6,2 %) ist der Anteil älterer Menschen in Großstädten höher. Die Stadt Köln erreicht im Städtevergleich mit 6,4 Prozent den günstigsten Anteil; dieser für Großstädte günstige Wert ist im Vergleich zum Bund allerdings nur guter Durchschnitt. Den höchsten Altenanteil der Vergleichsgruppe weist Essen auf. Mit 8,2 Prozent wird der Bundesdurchschnitt um zwei Prozentpunkte übertroffen, der Durchschnitt der im Audit vertretenen Städte noch fast um einen Prozentpunkt. Einen überdurchschnittlichen Anteil erreichen hochbetagte Menschen auch noch in den

92

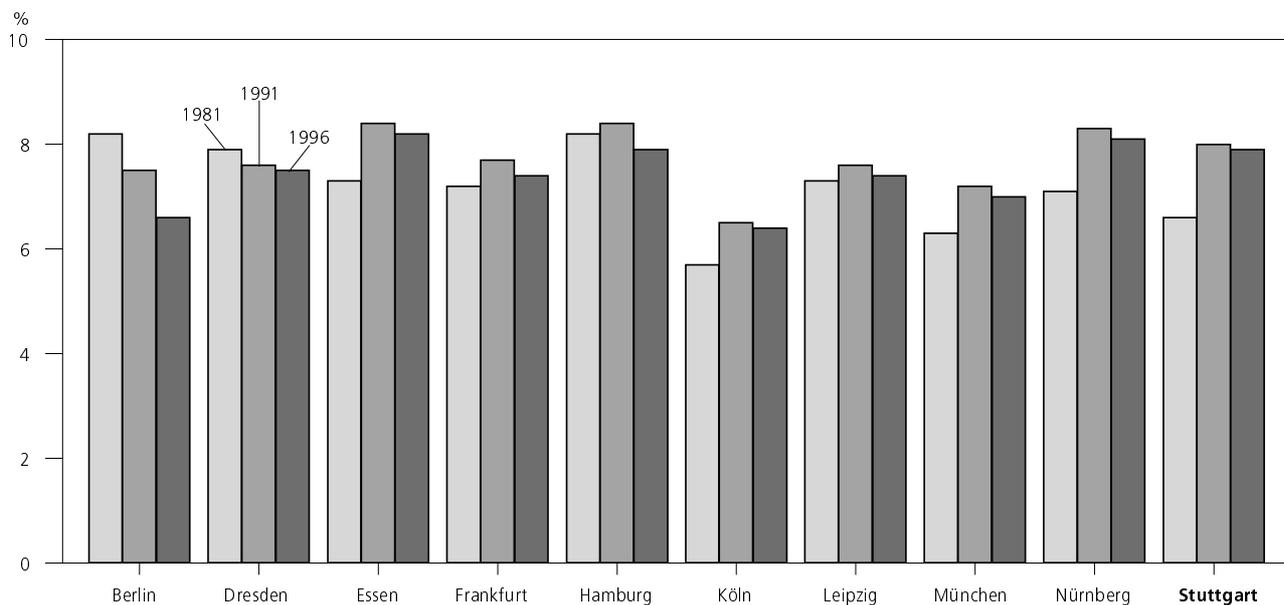
**Einwohner im Alter von unter 6 Jahren im Großstadtvergleich 1981, 1991 und 1996**



Quelle: Urban Audit

Abbildung 5

### Einwohner im Alter von 75 Jahren und älter im Großstadtvergleich 1981, 1991 und 1996



Quelle: Urban Audit

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMMUNIS

Abbildung 6

Städten Nürnberg, Stuttgart und Hamburg. Berlin und München schneiden hinsichtlich der „alten Alten“ etwas besser ab. Berlin hat seit 1981 regelrecht eine Verjüngungskur durchlaufen. 1981 hatte es den höchsten Anteil sehr alter Menschen, der mit einem Anteil von 8,2 Prozent um einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt der Vergleichsstädte lag, 1991 ist der Anteil auf 7,5 Prozent gesunken, während er in den Vergleichsstädten gestiegen ist. 1996 ist der Anteil der Menschen ab 75 Jahren dann in allen Großstädten wieder gesunken - in Berlin am stärksten.

Fazit: Der Versuch, mit dem Projekt Urban Audit der Europäischen Kommission einen europäischen Städtevergleich zu initiieren, ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Mit der fortschreitenden Europäisierung unseres Lebens

genügt es auf Dauer nicht, ausschließlich nationale Städtevergleiche anzustellen. Wenn man Auskunft darüber will, was die eigene Stadt mit allen anderen oder bestimmten Städten gemeinsam hat, was sie an Besonderheiten aufweisen, muss man in einer zusammenwachsenden Europäischen Union verstärkt den Blick über die Landesgrenzen hinweg richten. Eine Etablierung des Vergleichssystems ist also wünschenswert; die aktuellen Erfahrungen zeigen aber, dass solche Vorhaben nicht am „grünen Tisch“ im fernen Brüssel erfolgen kann; wenn Vergleiche aus statistisch-methodischer Sicht vergleichbare Daten liefern sollen, müssen nationale Experten in den Städten ebenso wie das Europäische Statistikkamt (Eurostat) in Straßburg sehr viel mehr integriert und ihr Rat gehört werden.

### Einwohner nach Berichtsjahren und Alter in den Urban Audit - Städten

Jahr	Einwohner im Alter von ... bis unter ... Jahren										
	0 - 6	6 - 16	16 - 18	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	65 - 75	75 und älter	Ins-gesamt
<b>Berlin</b>											
1981	225 814	316 662	138 481	264 840	440 102	479 027	362 917	259 872	312 150	251 109	3 050 974
1991	260 763	317 375	91 773	285 748	641 989	499 509	513 924	352 602	224 217	258 131	3 446 031
1996	209 811	337 401	108 239	226 426	644 891	543 440	465 048	450 080	245 363	228 064	3 458 763
<b>Dresden</b>											
1981	41 963	66 540	16 016	52 664	71 480	77 260	60 260	45 277	48 265	41 335	521 060
1991	32 043	62 809	9 981	42 932	73 055	63 988	70 645	54 990	37 029	36 968	484 440
1996	15 482	54 453	11 965	39 343	72 417	64 776	57 912	64 974	40 496	34 284	456 102
<b>Essen</b>											
1981	30 707	72 039	20 274	72 423	89 712	85 224	89 805	75 072	67 878	47 159	650 293
1991	36 474	54 128	10 829	56 337	93 185	86 740	87 214	82 985	60 531	52 102	620 525
1996	34 302	62 764	5 368	47 585	88 258	90 737	76 668	85 829	67 099	49 861	608 471
<b>Frankfurt</b>											
1981	32 859	59 458	16 453	68 240	103 179	90 007	78 526	70 831	62 318	45 076	626 947
1991	35 400	50 459	15 540	52 199	125 654	99 629	92 051	71 676	55 688	49 722	648 018
1996	35 140	54 185	16 262	41 585	127 824	105 241	87 798	79 753	56 417	48 119	652 324
<b>Hamburg</b>											
1981	71 842	177 738	50 049	176 730	237 283	268 508	212 583	179 781	179 230	139 087	1 692 831
1991	93 369	138 582	29 926	161 780	307 611	232 240	253 137	193 520	148 001	142 978	1 701 144
1996	92 827	150 267	30 428	127 807	316 236	250 552	224 456	226 354	153 570	134 750	1 707 247
<b>Köln</b>											
1981	51 038	111 293	30 962	120 857	163 281	160 118	131 115	101 536	86 724	57 896	1 014 820
1991	59 138	82 297	17 062	102 554	199 046	139 978	142 887	114 049	79 054	64 734	1 000 799
1996	56 289	89 880	17 933	82 142	202 287	158 817	125 557	131 824	85 624	64 557	1 014 910
<b>Leipzig</b>											
1981	21 652	85 722	17 495	59 745	78 576	82 642	67 741	50 794	54 194	41 013	559 574
1991	31 232	57 443	8 666	44 730	78 788	68 690	74 564	60 657	40 327	38 094	503 191
1996	14 998	50 148	10 717	34 164	74 566	69 242	59 179	67 870	42 291	33 998	457 173
<b>München</b>											
1981	55 863	110 246	31 689	142 768	228 369	233 460	161 433	129 657	116 411	81 932	1 291 828
1991	65 457	89 341	19 153	130 457	263 060	191 020	206 770	141 244	103 708	93 383	1 303 593
1996	65 526	96 791	19 825	107 326	274 871	197 987	186 829	173 136	106 823	92 443	1 321 557
<b>Nürnberg</b>											
1981	22 380	52 402	14 106	48 934	65 562	73 774	63 768	54 413	51 298	34 281	480 918
1991	27 395	39 440	8 521	48 521	85 825	65 580	70 712	58 856	45 659	40 621	491 130
1996	26 299	42 890	8 485	37 212	85 137	69 549	62 596	66 552	48 315	39 564	486 599
<b>Stuttgart</b>											
1981	28 153	58 419	15 977	66 136	87 089	91 173	75 308	59 115	59 393	38 082	578 845
1991	33 290	47 256	10 395	59 338	105 793	78 703	84 579	66 034	46 584	46 435	578 407
1996	31 883	49 103	10 193	45 373	101 396	81 071	73 375	75 886	48 195	44 450	560 925

Quelle: Urban Audit

Ernst-Joachim Richter\*

## ICOSTAT - vom Statistischen Jahrbuch zum Interkommunalen Data Warehouse

Seit 1890 erscheint das Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden. Es entstand als eine Initiative der Leiter der Statistischen Ämter der Großstädte, die die Herausgabe eines gemeinsamen Jahrbuches beschlossen und verwirklichten. Diese Vereinbarung erwies sich als überaus tragfähig, denn auch heute noch ist das Jahrbuch ein Produkt der Städte und ihrer Statistischen Ämter.

Im Jahre 1927 wurde die Veröffentlichung vom Verband Deutscher Städtestatistiker übernommen. Seit 1928 wird das Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden vom Deutschen Städtetag in nahezu unveränderter Form herausgegeben, nach kriegsbedingter Unterbrechung jährlich seit 1949.

In den mehr als 100 Jahren seines Erscheinens ist das Jahrbuch zu einer der aktuellsten und umfassendsten städtevergleichenden Datensammlungen geworden. Es ist auch heute noch ein unverzichtbares Nachschlagewerk für Verwaltungen, Ratsfraktionen, Parteien, öffentliche Bibliotheken, Wirtschaft und Wissenschaft.

Spürbar in den letzten Jahren ist aber auch geworden, dass jährlich erscheinende Datensammlungen in Buchform zunehmend die Informationsanforderungen nicht mehr ausreichend abdecken können. Inhaltliche Verbesserungen des Jahrbuches sind daher dringend erforderlich. Ausgehend vom Bedarf an Führungs- und Steuerungsinformationen muss die bisherige Datenbasis überprüft, angepasst und ergänzt werden. Sie ist ferner zu stadtsteuerungsrelevanten Kennziffern zu verdichten.

Die Nachfrage nach städtevergleichenden Daten ist abhängig von den jeweiligen Nutzerinteressen und unterliegt damit einem ständigen Wandel. Hinzu gekommen ist in den letzten Jahren ein zunehmendes Interesse seitens der europäischen Verwaltung und anderer Institutionen, stadtstatistische Daten - wie zum Beispiel in dem EU-Projekt „Urban Audit“ - auch international zu vergleichen.

Die wohl gravierendste Veränderung resultiert jedoch aus der rasanten Entwicklung der IuK-Technik, und zwar sowohl auf der Seite der Produzenten als auch auf seiten der Nutzer stadtstatistischer Daten. Internet, Intranet oder Extranet eröffnen neue Möglichkeiten der Datenerhebung, -sammlung und -aufbereitung sowie der Produktion -

gleichsam als „elektronische Ergänzung“ der bewährten Buchform - und der optimalen Nutzung der verfügbaren Daten.

Ausgehend von der dringend erforderlichen Neuausrichtung des Statistischen Jahrbuches Deutscher Gemeinden

haben der Deutsche Städtetag, der KOSIS-Verbund und der Verband Deutscher Städtestatistiker das Konzept für ein Interkommunales Data Warehouse - ICOSTAT - entwickelt. Ziel ist es, eine gemeinsame Statistik-Datenbank der Städte mit städtevergleichenden Daten für die Gesamtstadt und später auch für die Region unter dem Dach des Deutschen Städtetages aufzubauen und fortzuführen. Aus dieser Datenbank sollen künftig auch die Veröffentlichungen des Deutschen Städtetages gespeist werden. Aus der über das Internet zugänglichen Datenbasis sollen die Nutzer beliebige Daten auswählen und später auch Zeitreihen abrufen können.

Der Statistische Ausschuss des Deutschen Städtetages hat den Verband Deutscher Städtestatistiker beauftragt, die inhaltliche Arbeit zu organisieren, damit künftig die einzelnen Daten- und Informationsbereiche des ICOSTAT fachstatistisch verantwortlich betreut werden können. In seiner Sitzung am 6./7. April 2000 in Dortmund hat der Statistische Ausschuss der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages vorgeschlagen, folgende Kernbereiche in dieser Datenbank zu führen:

- Finanzen, Steuern
- Bauen, Wohnen
- Wahlen
- Wirtschaft
- Kultur, Bildung
- Soziales, Gesundheit
- Umwelt, Verkehr
- Bevölkerung

Den Aufbau des ICOSTAT-Netzes übernehmen das Statistische Amt der Stadt Nürnberg und der KOSIS-Verbund. Das Statistische Amt Nürnberg richtet auf seinem NT-Server für den Deutschen Städtetag eine zentrale Datenbank ein, auf die über die Homepage des DST zugegriffen werden kann. Die KOSIS-Gemeinschaft DUVA stellt dem Deutschen Städtetag ihr System zur Verfügung.



Das Anforderungsprofil für das ambitionierte Vorhaben ICOSTAT, bei dem die technischen Möglichkeiten des Data Warehouse mit der Internet-Technologie verbunden werden sollen, hat der damalige Beigeordnete des Deutschen Städtetages, Michael Schöneich, anlässlich des KOSIS-Tages im Rahmen der Statistischen Woche am 07. Oktober 1999 in Hannover wie folgt beschrieben:

Die mit dieser Neuorganisation verfolgten Ziele beschränken sich aber nicht nur auf die leichtere Datensammlung und Datennutzung. Ein besonderes Anliegen ist es auch,

- die Qualität und Zuverlässigkeit der Daten zu verbessern, indem bereits die Datenbereitstellung konzeptionell und technisch unterstützt wird,
- die Aktualität zu steigern, indem die ankommenden Daten sofort in den zugänglichen Datenspeicher eingestellt werden,

- die Sicherheit bei der Datenbereitstellung und Datennutzung zu erhöhen, indem Medienbrüche von der Datengewinnung bis zur Auswertung Schritt für Schritt ausgeschaltet werden,

- die Vergleichbarkeit und Aussagekraft der Daten zu fördern, indem die Metadaten von Anfang an fest mit den Zahlenwerten verknüpft und in dieser Form auch an den Nutzer und seine Auswertungssoftware übergeben werden.

Bei konsequenter Umsetzung dieser Zielvorgaben hat sich in wenigen Monaten aus der Neuausrichtung des bewährten Statistischen Jahrbuches Deutscher Gemeinden ein zentrales, zukunftsweisendes Projekt der Städtestatistik in Deutschland entwickelt: der Aufbau, Betrieb und die Weiterentwicklung des Interkommunalen Data Warehouse - ICOSTAT als gemeinsame Statistikdatenbank der Städte.

\* Dr. Ernst-Joachim Richter ist Leiter des Bereichs Statistik und Wahlen in Oberhausen und Vorsitzender des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSt).

Eberhard Frank

## Zur Testerhebung des Zensus 200X

Seit mit dem Jahr 2000 wieder ein Zeitpunkt herangerückt ist, für das die Vereinten Nationen weltweit einen Zensus empfohlen haben, und das Statistische Amt der Europäischen Union (EUROSTAT) im November 1997 Leitlinien für ein gemeinschaftliches Programm der Volks- und Wohnungszählungen 2001 verabschiedet hat, werden in Deutschland unterschiedliche Positionen zum Ob und Wie diskutiert. Die EU selbst lässt offen, welche Methode von den einzelnen Mitgliedstaaten angewendet wird, um ihren Datenbedarf zu decken. Ein Blick in die benachbarten EU-Staaten zeigt, dass die EU-Empfehlungen auf methodisch unterschiedliche Art und Weise umgesetzt werden. Eine Reihe von Mitgliedstaaten, darunter Frankreich und Großbritannien, bereiten eine traditionelle Volkszählung vor. Eine Gruppe weiterer EU-Staaten, darunter Dänemark, Finnland und die Niederlande, werden den Zensus auf die Auswertung von Verwaltungsregistern stützen (vgl. Grohmann, 1999, S.135). Einen Überblick über die Methodenwahl und den geplanten Durchführungszeitraum gibt Übersicht 1.

Für die Bundesrepublik Deutschland konnte bislang nicht entschieden werden, wie vorzugehen ist. So entstand ein Dilemma. Einerseits wurde durch Kabinettsbeschluss ein traditioneller Zensus ausgeschlossen (vgl. Wiegert, 1999, S. 241), andererseits konnte bislang ein zwischen Bundes- und Landesstatistik und der Kommunalstatistik abgestimmtes Alternativmodell nicht erarbeitet werden (vgl. Frank, 1998, S. 212). Für die statistischen Fachleute ist dies nicht verwunderlich. Der Übergang von einer Volkszählung herkömmlicher Art zu einem registergestützten, ggf. durch Stichprobenerhebungen ergänzten Zensus stellt nämlich eine Herausforderung dar, die mit Risiken verbunden ist. Vorbereitende methodische Test- und Qualitätsuntersuchungen sind dazu nötig. Diese wurden bislang nicht erarbeitet. Deshalb sind viele Fragen zu den alternativen Erhebungstechniken noch unbeantwortet und bedürfen intensiver Untersuchungen.

Die Deutsche Statistische Gesellschaft hat deshalb auf der Statistischen Woche 1998 in der Hansestadt Lübeck durch Resolution (Wilrich, 1999, S. 224) einen speziellen Arbeitskreis eingerichtet, um sich in verstärktem Maße an den Forschungen zu beteiligen. Wesentliche kommunale Vorstellungen wurden in einem Gemeinsamen Papier vom Vorstand des Bayerischen Städtetags und des Städtetags Baden-Württemberg entwickelt und in die Diskussion eingeführt (vgl. Trutzel, 1999, S. 5 ff). Auch hat der Statistische Ausschuss des Deutschen Städtetages eine „Arbeitsgruppe Volkszählung“ eingesetzt, um kommunale Positionen zu akzentuieren.

In dieser Situation wurde entschieden, die EU-Empfehlung für den aktuellen Gemeinschaftsweiten Zensus 2001 durch

Lieferung der erforderlichen Daten aus vorhandenen Verwaltungsunterlagen und statistischen Datenbeständen zu erfüllen (vgl. Frank, 1999, S. 228). Die Möglichkeiten eines künftigen Übergangs von einer primärstatistischen Vollerhebung zu einem registergestützten Zensus soll durch Qualitäts- und Verfahrensuntersuchungen abgesichert werden, deren Ergebnisse freilich nicht vorhergesehen werden können.

Die Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder beschlossen auf der Konferenz vom 09./10. November 1999, dass der gemeinsame Weg zum künftigen Zensus solche Testerhebungen auf gesetzlicher Grundlage erfordert. Die aus der Durchführung des Testprogramms gewonnenen Erkenntnisse sollen eine Grundlage schaffen, um

- die „Statistikauglichkeit“ der Melderegister und anderer Register (z. B. der Bundesanstalt für Arbeit) zu bewerten und
- solche Verfahren zu beurteilen, die der Zusammenführung von Registerdaten mit primärstatistisch gewonnenen Daten dienen.

Insoweit berücksichtigt das Testprogramm Elemente des niederländischen Weges zu einem Paradigmenwechsel. Die geplanten Tests sind ergebnisoffen, zumal in den Niederlanden beim Umstieg auf einen Registerzensus auf Voraussetzungen aufgebaut werden konnte, die in Deutschland derzeit fehlen. Dies betrifft zum Beispiel die Führung einer Personenkennziffer und der Sozialversicherungsnummer sowohl in den Registern als auch in den Unterlagen der amtlichen Statistik (vgl. Vliegen/van der Laan, 1999, S. 257).

Zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung solcher Tests und Qualitätsuntersuchungen, die auf gesetzlicher Grundlage durchzuführen sind, wurde eine spezielle Projektorganisation geschaffen. Die Aufgaben wurden auf sieben Projektgruppen (PG) verteilt. Folgende Aufgabengebiete wurden den PG zugewiesen:

- PG 1: Mehrfachfallprüfungen (Datenlieferungen der Gemeinden, primärstatistische Feststellungen, Auswertungsprogramme, Arbeits- und Zeitplan).
- PG 2: Datenlieferungen der Gemeinden/Karteileichen, Fehlbestand (Stichprobenauswahl, Lieferung der Melderegisterdaten, maschinelle Prüfungen, Feststellung von Karteileichen/Fehlbeständen, Arbeits- und Zeitplan).
- PG 3: Haushaltsbefragungen (Vorbereitung der Stichprobe Registertest, Durchführung der Stichprobe Register-

**Stichtag und Methode der „Gemeinschaftsweiten Volks- und Wohnungszählung 2001“ in den Mitgliedstaaten der EU**

Mitgliedstaat	Zeit und Methode der Zählung
Deutschland	Die AG "Gemeinschaftsweiter Zensus 2001" erarbeitet ein Konzept.
Frankreich	März 1999; traditionelle Zählung; Fragebögen sind definitiv; Änderungen nicht mehr möglich.
Italien	Oktober 2001; traditionelle Zählung mit Nutzung von Bevölkerungsregistern.
Belgien	1. März 2001; Methode noch nicht entschieden.
Dänemark	2001; Registerzählung.
Griechenland	2001; traditionelle Zählung; zur Zeit läuft das Genehmigungsverfahren (Präsidialerlass).
Niederlande	2001; Auswertung von Verwaltungsregistern: Stichproben.
Österreich	Geltendes Rahmengesetz schreibt Erhebung zwischen Juli 2000 und Juli 2001 vor; ÖStat geht von Mitte Mai 2001 aus; es wird eine Volkszählung sowie eine Arbeitsstättenzählung stattfinden. Erhebungsmethode: Primärstatistische Erhebung unter Nutzung von Registern. Für 2011 wird eine Umstellung auf eine Registerzählung eingeleitet.
Finnland	2000/2001; Registerauswertung.
Portugal	2001; traditionelle Zählung.
Schweden	Dezember 2001; Registerzählung.
Vereinigtes Königreich	2001; traditionelle Zählung.
Luxemburg	2001; Eindruck vorhandener Daten aus Verwaltungsregister in Fragebogen und Befragung.
Irland	2001; traditionelle Zählung (Irland führt ohnehin alle 5 Jahre eine Volkszählung durch).
Spanien	2001; Arbeitsgruppe erarbeitet zur Zeit Verfahren.

Quelle: Rost, Reinhard, 1999, S. 161

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMMUNIS

Übersicht 1

test, Durchführung der Stichprobe Verfahrenstest, Ergebniserstellung, Arbeits- und Zeitplan).

- PG 4: Gebäude- und Wohnungszählung (Datenempfang aus PG 2: Adressen der Gebäude, Ermittlung der Gebäudeeigentümer, Durchführung der postalischen Gebäude-

und Wohnungszählung, Zusammenführungen und Auswertungen, Datenlieferung an PG 5, Arbeits- und Zeitplan).

- PG 5: Haushaltegenerierung und Zusammenführung (Datenempfang aus PG 2 bzw. 3 bzw. 4, Zusammenführung

Melderegister und Gebäude- und Wohnungszählung auf Wohnungsebene, statistische Qualitätskontrollen der Melderegister, Auswertungsprogramme, Arbeits- und Zeitplan).

- PG 6: Erwerbsstatistische Register und Zusammenführung ( Datenempfang aus PG 2: Adressen und Gebäude, Datenerhebung bei der Bundesanstalt für Arbeit, Zusammenführungen, Auswertungsprogramme, Untersuchung weiterer erwerbsstatistischer Register, Arbeits- und Zeitplan).
- PG 7: Evaluation der Ergebnisse ( Festlegung von Qualitätskriterien, Feststellung der Qualität für einzelne Erhebungsteile in Abweichung von Ergebnissen der Haushaltsbefragung, Auswertungsvorgaben für Ergebnisse anderer Projektgruppen, Arbeits- und Zeitplan).

In die Projektgruppen 1, 2, 4, 5 und 7 hat der Statistische Ausschuss des Deutschen Städtetages kommunale Vertreter entsandt.

Die von den Projektgruppen zu leistenden Arbeiten fügen sich in den als Übersicht 2 abgebildeten Design-Entwurf der Testerhebungen zum Zensus 200X.

Man erkennt, dass der Integrations- und Koordinationsaufwand zur Vorbereitung und Durchführung dieser Test- und Qualitätsuntersuchungen außerordentlich groß ist. In vielen Bereichen wird Neuland betreten. Dies betrifft sowohl die wechselseitige Verknüpfung von persönlichen Daten aus unterschiedlichen Registern, als auch deren Zusammenführung mit Daten, die durch persönliche Befragung gewonnen wurden. Da hierzu nicht - wie zum Beispiel in den Niederlanden - auf eine Personenkennziffer und die Sozialversicherungsnummer zurückgegriffen werden kann, wird es notwendig sein, diesem Mangel abzuweichen, indem zunächst eine Ersatz-Personenkennziffer kreiert wird. Erst bei Nutzung dieser Ersatz-Personenkennziffer dürften diese technischen Prozesse vollzogen werden können. Ob die zu erzielende Präzision ausreicht, wird zu prüfen sein, wenn Testergebnisse vorliegen.

Für die Kommunalstatistik werden insbesondere die Testergebnisse und Qualitätsuntersuchungen mit Bezugnahme auf die Melderegister von Bedeutung sein. Die Übermittlung der Einzeldaten der Teststatistik an die abgeschotteten kommunalen Statistikstellen ist bislang nicht vorgesehen. Auch nachhaltiger fachlicher kommunaler Einspruch konnte bislang nicht zum Ziel führen. Dieser Mangel kann nunmehr erst im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens aufgegriffen und beseitigt werden. Blicke es bei der geplanten Vorgehensweise (keine Rückübermittlung an Städte mit abgeschotteter Statistikstelle), würden zwar Berlin, Hamburg und Bremen als Stadtstaaten mit Statistischen Landesämtern die Testergebnisse zur Verfügung haben. Sie könnten mithin die erforderlichen Schlussfolgerungen aus den Testergebnissen bzgl. der Qualität ihrer Register direkt und frühzeitig ziehen. Die Städte München, Köln, Frankfurt

a. M., Essen, Dortmund, Düsseldorf und Stuttgart, also jeweils Städte mit einer höheren Einwohnerzahl und damit auch breiteren statistischen Auswahlgrundlage für die Test-erhebung als der kleinste von den Stadtstaaten würden demgegenüber - nach dem heutigen Stand - zunächst leer ausgehen.

Diese Situation ist unbefriedigend, denn die Großstädte wären dann auf nachgehende, eigene Untersuchungen angewiesen. Dafür gibt es derzeit keine spezifische Rechtsgrundlage. Insoweit wird sich an die Testphase der Bundes- und Landesstatistik eine weitere, zeitlich nachgelagerte Testphase der Kommunalstatistik anschließen müssen, damit die operativen Grundlagen zur Registerbereinigung jeweils für die eigene Stadt gefunden werden können. Dadurch könnte der Zeitpunkt für die Durchführung eines künftigen Zensus negativ beeinflusst werden.

Nach den vorliegenden Rahmenplänen sollen die Tests und ein Abschlussbericht zu den Ergebnissen bis zum dritten Quartal 2001 fertiggestellt sein und den parlamentarischen Gremien vorgelegt werden. Der Termin ist allerdings zunächst ein Orientierungsdatum. Ob er einzuhalten ist, hängt auch davon ab, wann die parlamentarischen Beratungen zum Abschluss kommen. Als Termin zur Durchführung der Testerhebung ist derzeit (noch) der Monat März 2001 vorgesehen.

Der inzwischen erreichte Diskussionsstand macht es erforderlich, Fragen danach zu stellen, wie es nach Vorliegen der Testergebnisse und der Qualitätsuntersuchungen weitergehen soll. Die Amtsleiter des Bundes und der Statistischen Landesämter vertreten, mit Blick auf einen künftigen Zensus, unter anderem die Auffassung, dass

- die Durchführung eines künftigen Zensus nur in enger Kooperation mit den Gemeinden möglich ist,
- die Rechtsverbindlichkeit amtlicher Einwohnerzahlen gewährleistet sein muss und
- das Verfahren der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung nach einem künftigen Zensus zu überdenken und die notwendigen rechtlichen Anpassungen rechtzeitig eingeleitet werden müssen.

Hier ergeben sich deutliche prozedurale Berührungspunkte mit Positionen der kommunalen Seite. Insoweit gilt es, im Lichte der neuen Gegebenheiten die kommunalen Erwartungen und Forderungen in ein System einzufügen, das diesen gerecht wird. Deshalb hat der Statistische Ausschuss des Deutschen Städtetages auf seiner Sitzung in Dortmund am 6./7. April 2000 die Arbeitsgruppe Volkszählung durch Beschluss beauftragt, „...zur konstruktiven Begleitung der Diskussion über Testerhebung, Paradigmenwechsel und künftigen Zensus und im Wissen darum, dass ein erfolgreicher Zensus nur bei kommunaler Kooperation gelingen kann, alsbald ein Thesenpapier zur kommunalen Strategie in diesem Statistikbereich zu entwerfen und der Hauptge-

### Design-Entwurf Testerhebungen Zensus 200X

**A**  
**Geburtstagsauswahl Melderegister**  
(0,9 % Stichprobe)

1. Prüfung Datentransfers Gemeinden/GRZ zu StaLÄ
2. Vereinheitlichung Datenformate/ Erstellung bundeseinheitlicher Datensatz
3. Prüfung auf Mehrfachfälle (maschineller Teil)
4. Prüfung auf Mehrfachfälle (Klärung von Zweifelsfällen vor Ort)

**E**  
**Geburtstagsauswahl "BA-Dateien..."**  
(0,9 % Stichprobe)

1. Bildung eines einzigen erwerbsstatistischen Datensatzes je Person
2. Eignung der BA-Dateien zur externen Kontrolle von Melderegisterdaten

**B**  
**Unterstichprobe "Karteileichen"**

Auswahlsatz: 10 % Deutsche  
50 % Ausländer

Fallzahlen: 64 000 Deutsche  
32 000 Ausländer

**C**  
**Unterstichprobe "Fehlbestand"**

Bei jeder 50. Person (Anschrift) gelangt das komplette Gebäude in die Auswahl.

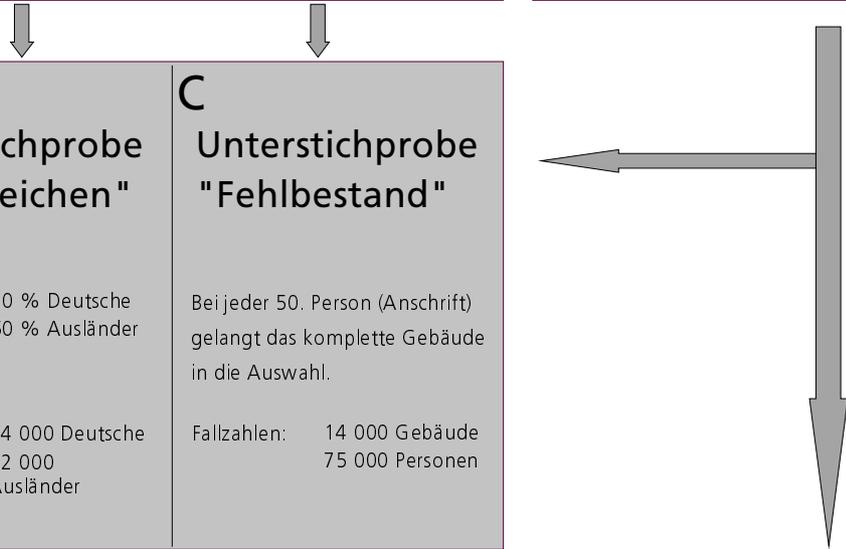
Fallzahlen: 14 000 Gebäude  
75 000 Personen

**D**  
**Unterstichprobe "GWZ"**

Für die in die Unterstichprobe "Fehlbestand" gelangten Gebäude und Personen werden durchgeführt:

Befragung der Gebäudeeigentümer zu Gebäude- und Wohnungsmerkmalen einschl. Name der Wohnungsinhaber und Zahl der Wohnungen	Haushaltgenerierung einschließlich empirische Überprüfung der Zusammenführung
--	---

**F**  
Zusammenführung GWZ-/ Melderegister-Dateien mit erwerbsstatistischen Dateien



100

Nach: Statistisches Bundesamt 1999, Arbeitsunterlagen

schäftsstelle des Deutschen Städtetages zur weiteren Verwendung zur Verfügung zu stellen.“

Während methodische und konzeptionelle Fragen im Hinblick auf die Methodenwahl eines künftigen Zensus aus kommunaler Sicht noch präzisiert werden müssen, wurden inhaltliche kommunale Positionen bereits bestimmt. Diese betreffen die Forderung nach Zugang der abgeschotteten Statistikstellen der Städte und Gemeinden zu den Daten des Unternehmensregisters der amtlichen Statistik. Diese Daten könnten quasi als ein Ersatz für die nach den bisherigen Überlegungen bei einem künftigen Zensus entfallende Arbeitsstättenzählung betrachtet werden. Dieses Forderung wurde bereits in der Vergangenheit vorgetragen, freilich bislang ohne Erfolg. Hinzu kommt das Bedürfnis, den Aufbau kommunaler Gebäuderegister auf eine bundesgesetzliche Grundlage zu stellen.

In der 328. Sitzung am 4. April 2000 in Wismar hat das Präsidium des Deutschen Städtetages hierzu folgenden Beschluss gefasst: „Das Präsidium des Deutschen Städtetages bekräftigt erneut die Notwendigkeit, den Städten den Zugang zu den Einzeldaten einer im Rahmen eines zukünftigen Zensus durchzuführenden Gebäude- und Wohnungserhebung - einschließlich der Merkmale Straße und Hausnummer - zu eröffnen. Dieser Zugang ist zum Zweck des Aufbaus und der Fortführung kommunaler Gebäude- und Wohnungsregister in der Verantwortung abgeschotteter kommunaler Statistikstellen dringend erforderlich und eine wesentliche Voraussetzung für ein - auch finanzielles - Engagement der Städte bei der Vorbereitung und Durchführung eines künftigen Zensus. Das Präsidium lehnt mit Entschiedenheit Überlegungen zur Führung derartiger Register durch die Statistischen Ämter der Länder als Eingriff in die kommunale Informationshoheit ab.“

## Literaturverzeichnis:

Frank, Eberhard:

Der für 2001 geplante Bevölkerungszensus - Eine Betrachtung aus kommunaler Sicht -, in: Statistik und Informationsmanagement, Heft 8, 1998, S. 210 - 218.

Frank, Eberhard:

Volkszählung 2001 und kein Ende - oder doch? in: Statistik und Informationsmanagement, Heft 10, 1999, S. 228 - 240.

Grohmann, Heinz:

Zur Planung eines Zensus in Deutschland, in: Tagungsbericht der Statistischen Woche 1998, Hrsg. Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt), Hansestadt Lübeck, 1999, S. 137 - 142.

Rost, Rainer:

Ein Zensus auf der Grundlage einer Registerauswertung: Das Ländermodell, ebenda, S. 158 - 167.

Trutzel, Klaus:

Europaweiter Zensus 2001 - und was macht Deutschland?, in: Statistische Nachrichten der Stadt Nürnberg, Heft 1, 1999, S. 5 - 7.

Vliegen, Mathieu und van der Laan, Paul:

Methodische und zeitliche Aspekte der Umstellung der amtlichen Statistik auf Register am Beispiel der Niederlande, in: Statistik und Informationsmanagement, Heft 10, 1999, S. 256 - 260.

Wiegert, Rolf:

Der Zensus. Zu Tradition und Moderne, in: Statistik und Informationsmanagement, Heft 10, 1999, S. 241 - 255.

Wilrich, Peter-Theodor:

Text eines Beschlusses, in: Tagungsbericht der Statistischen Woche 1998, Hrsg. Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt), Hansestadt Lübeck, 1999, S. 224.

Thomas Schwarz

## Wahlentscheidende Aspekte der Gemeinderatswahl 1999 in Stuttgart, Mannheim und Baden-Württemberg

Welche Motive leitet die Wählerinnen und Wähler bei der Stimmabgabe bei Gemeinderatswahlen? Sind es eher überregionale, bundes- und landesweite Einflüsse, die das Wahlverhalten bestimmen oder verhalten sich die Wähler bei Gemeinderatswahlen anders als bei Parlamentswahlen, existiert gar ein eigenständiges Kommunalwahlverhalten<sup>1</sup>? Die kommunale Wahlforschung schwankt zwischen zwei Lagern: Das eine Lager bejaht die Existenz eines spezifischen Kommunalwahlverhaltens zumindest in den Ländern mit einem süddeutschen Wahlsystem wie Baden-Württemberg (Löffler und Rogg 1991), das andere Lager reduziert das Wahlverhalten bei kommunalen Wahlen auf den Einfluss der politischen Großwetterlage (Kevenhörster 1983).

Betrachtet man die Gemeinderatswahlergebnisse in Baden-Württemberg in Abhängigkeit von der Gemeindegröße (leider ist diese Darstellung für 1999 noch nicht verfügbar), dann wird man in jedem Fall zu der Erkenntnis gelangen, dass es Unterschiede zwischen großen, mittleren und kleineren Städten und Landgemeinden im Wahlverhalten gibt. Das aber deutet darauf hin: Ein universelles Erklärungsmodell für das Wahlverhalten bei kommunalen Wahlen kann es so nicht geben.

### Was spricht für ein eigenständiges kommunales Wahlverhalten?

Grundsätzlich sprechen für eine Eigenständigkeit des Wahlverhaltens auf der kommunalen Ebene die Unterschiede in

der Wahlbeteiligung und in den Stimmenanteilen der Parteien. Kommunalwahlen gelten als politische „Nebenwahlen“ mit einer niedrigeren Wahlbeteiligung. Niveauunterschiede zu den in den Augen der Wähler „wichtigeren“ Landtags- und insbesondere Bundestagswahlen in der Größenordnung von 20 bis 30 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 1) drücken dies aus. Die höhere Stimmenthaltung bei Kommunalwahlen verteilt sich nicht gleichmäßig über alle Alters-, Bildungs- und Sozialgruppen, vielmehr reagieren insbesondere Wähler jüngeren und mittleren Alters (bis 40 Jahre) und Wähler mit niedrigeren sozioökonomischen Status sehr viel selektiver auf die Wahlart (Schwarz, 1992, S. 32 und 36).

Natürlich haben diese unterschiedlichen Mobilisierungseffekte Auswirkungen auf die Wahlchancen der einzelnen Parteien. Begünstigt sind bei Kommunalwahlen daher Parteien mit einem älteren und statushohen Wählerklientel.

Die Bewertung einer Wahl als politische „Nebenwahl“ kann obendrein die Wirkung haben, dass diese Wahl als Protestwahl instrumentalisiert wird, um den etablierten Parteien und noch lieber, den Regierungsparteien einen Denkzettel zu verpassen. Zu erinnern ist hier beispielsweise an die ersten Wahlerfolge der REP bei der Europawahl 1989 (9,2 %) oder der Gemeinderatswahl 1989 (9,5 %).

Ein wichtiger Unterschied zwischen den Kommunalwahlen (in Baden-Württemberg) und anderen Wahlarten liegt im Wahlsystem, konkret im Mehrstimmgebungssystem (so

102

### Gegenüberstellung der Wahlergebnisse verschiedener Wahlen in Stuttgart

Wahlbeteiligung Wahlvor- schlag	Gemeinde- ratswahl am 24.10.1999	Europa- wahl am 13.6.1999	Differenz	Gemeinde- ratswahl am 12.6.1994	Bundestags- wahl am 16.10.1994	Differenz
	%		%-Pkte	%		%-Pkte
Wahlbeteiligung	47,7	46,4	+ 1,3	64,3	80,4	- 16,1
CDU	38,2	42,9	- 4,7	31,4	36,4	- 5,0
SPD	23,4	27,6	- 4,2	26,2	30,9	- 4,7
GRÜNE	13,0	14,3	- 1,3	17,3	13,1	+ 4,2
F.D.P./DVP	6,2	6,2	± 0	7,5	12,5	- 5,0
REP	4,9	3,6	+ 1,3	7,2	3,4	+ 3,8
Freie Wähler	6,4	-	+ 6,4	6,8	-	+ 6,8
Sonstige	8,0	5,3	+ 3,3	3,7	3,6	+ 0,1

viele Stimmen wie Mandate zu vergeben sind) und dabei der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens begründet. Insbesondere jene Wähler, die ihren Stimmzettel verändert abgeben (1999 in Stuttgart: 62, 5 %) und dabei nicht nur die Möglichkeit einer persönlichkeitsorientierten Stimmabgabe durch Kumulierung von Stimmen, sondern auch die wahlvorschlagsübergreifende Vergabe von Stimmen durch Panaschierung nutzen, können im Ergebnis eine Modifikation des Wahlergebnisses herbeiführen, die bei einem Einzelstimmgebungs- oder einem Zweistimmwahlssystem nicht möglich ist.

In Stuttgart wurden bei der letzten Gemeinderatswahl freilich nur 12,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen als Panaschierungen ausgeteilt (1994 und 1989: 11 %); das zeigt, dass eine wahlvorschlagsübergreifende Wählerartikulation in der Großstadt nur in begrenztem Umfang stattfindet. In Tabelle 2 wird der Unterschied dargestellt, der zwischen dem Stimmzettel- und dem eigentlichen Stimmenergebnis besteht; mittels Differenzrechnung lassen sich die Wirkungen auf das Abschneiden der Wahlvorschläge quantifizieren. Demnach profitieren die kleineren Parteien, GRÜNE, F.D.P./DVP und die Freien Wähler, zu Lasten der beiden größeren Parteien CDU und SPD.

Die besonderen Stimmabgabemöglichkeiten des Kommunalwahlsystems und ein traditionell anderes Politikverständnis (Stichwort Entpolitisierung) auf der kommunalen Politikebene verschaffen parteipolitisch unabhängigen

**Gegenüberstellung Stimmzettel- und Stimmenergebnisse bei den Stimmenanteilen und der Sitzverteilung bei der Gemeinderatswahl 1999 in Stuttgart**

Wahlvorschlag	Differenz des Wahlergebnisses nach Stimmzetteln und Stimmen	
	Stimmenanteile	Sitze
	%-Pkte	Anzahl
CDU	- 3,4	- 2
SPD	- 0,9	- 1
GRÜNE	+ 0,9	+ 1
F.D.P./DVP	+ 1,1	+ 1
Freie Wähler	+ 0,8	+ 1
REP	+ 0,2	± 0
PDS	+ 0,2	± 0
Sonstige	+ 1,1	-

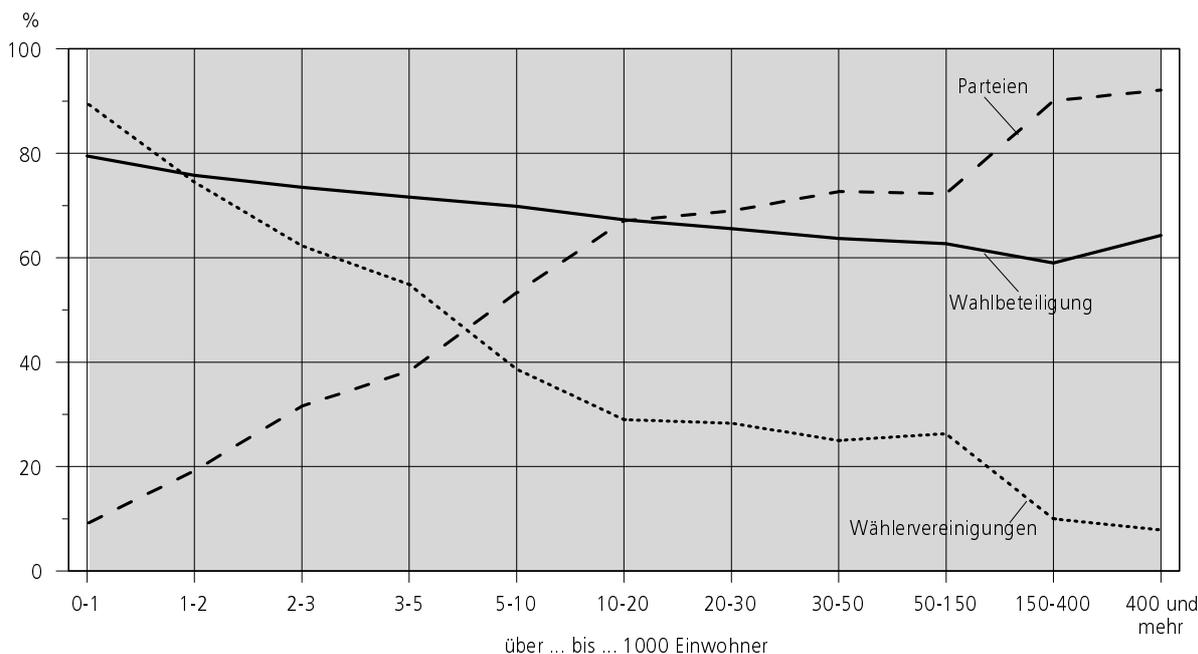
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMUNIS

Tabelle 2

kommunalen Wählervereinigungen in Baden-Württemberg eine starke Stellung. Wie Abbildung 1 allerdings erkennen lässt, besteht eine starke Abhängigkeit zwischen der Gemeindegröße und dem Einfluss der Wählervereinigungen.

**Stimmenanteile<sup>1</sup> der Parteien und Wählervereinigungen und Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen 1994 in Baden-Württemberg nach Gemeindegrößenklassen**



<sup>1)</sup> Errechnete gleichwertige Stimmen

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMUNIS

Abbildung 1

In der Großstadt Stuttgart hatte das parteipolitisch unabhängige Element der Freien Wähler allenfalls Mitte der 50er bis Mitte der 60er Jahre (1959 und 1965: 6 Sitze; 1962: 7 Sitze) eine größere quantitative Bedeutung. Dennoch besteht aufgrund der Kandidatur der „Rathauspartei“ und anderer Wählervereinigungen bei Gemeinderatswahlen eine andere Konkurrenzsituation für die etablierten Parteien als bei Parlamentswahlen, und die bleibt auch in Stuttgart nicht ohne Auswirkungen auf die kommunalpolitischen Kräfteverhältnisse.

**Welchen Einfluss haben die übergeordneten Politik-ebenen auf den Wahlausgang?**

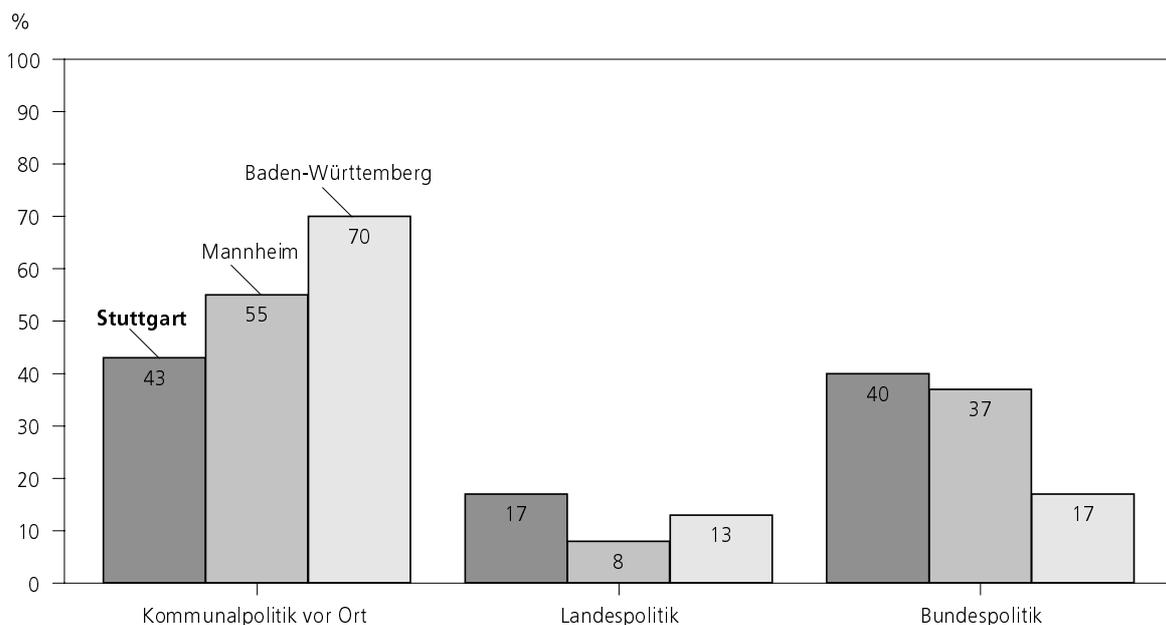
Die direkteste Möglichkeit herauszufinden, von welchen Bestimmungsfaktoren sich die Wähler bei ihrer Stimmabgabe leiten lassen, ist sie zu befragen. Das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap<sup>2</sup> führte im Auftrag des Südwestrundfunks Stuttgart im Vorfeld der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg eine Vorwahlbefragung<sup>3</sup> und eine Wahltagsbefragung unter den wahlberechtigten Einwohnern von Stuttgart, Mannheim und landesweit durch. Sie bildeten die Datenbasis für eine Fernseh- und Rundfunkberichterstattung, bei der, neben der Darstellung der Hintergründe der Wahlentscheidungen, erstmals auch eine Wahlprognose bei einer baden-württembergischen Kommunalwahl durchgeführt wurde.

Welchen Einfluss ist der Bundespolitik und der Landespolitik bei der Wahlentscheidung zuzurechnen? Auf die Frage „Was spielt für Ihre Wahlentscheidung bei der Gemeinderatswahl die größte Rolle?“ antworteten in Stuttgart<sup>4</sup> 40 Prozent der Befragten die Bundespolitik, 17 Prozent die Landespolitik und 43 Prozent die Kommunalpolitik. In Mannheim war der bundes-, insbesondere aber der landespolitische Einfluss auf den Wahlausgang geringer, der kommunalpolitische Einfluss lag bei 55 Prozent. Im gesamten Land maßen zwei Drittel der Wahlberechtigten der Kommunalpolitik vor Ort die größte Bedeutung zu. Mit steigender Stadtgröße nimmt also der Einfluss der höheren Politikebene signifikant zu (vgl. Abbildung 2).

Die Bedeutung der Bundespolitik spielte für die CDU-Wähler (47 %) die größte und für die Wähler der Freien Wähler (20 %) die kleinste Rolle. Auch die Bedeutung der Landespolitik war für CDU-Wähler (21 %) sehr hoch. Angesichts der positiven Beurteilung der Landespolitik (60 % der Befragten im Land, zeigten sich mit der Arbeit der Landesregierung sehr/ziemlich zufrieden) und dem Stimmungstief, in dem sich die rot-grüne Regierungskoalition in Berlin zum Zeitpunkt der Wahl befand, lässt sich denn auch das gute Abschneiden der CDU (in Stuttgart: + 6,8 %-Pkte = + 5 Sitze; Baden-Württemberg: + 3,9 %-Pkte) entscheidend erklären. Die höchste Bedeutung hatte die Landespolitik für die REP-Anhänger (30 %) bei ihrer Wahlentscheidung (die REP sind seit 1989 im baden-württem-

104

**Bedeutung der Politikebenen für die Wahlentscheidung bei der Kommunalwahl 1999 in Stuttgart, Mannheim und Baden-Württemberg**

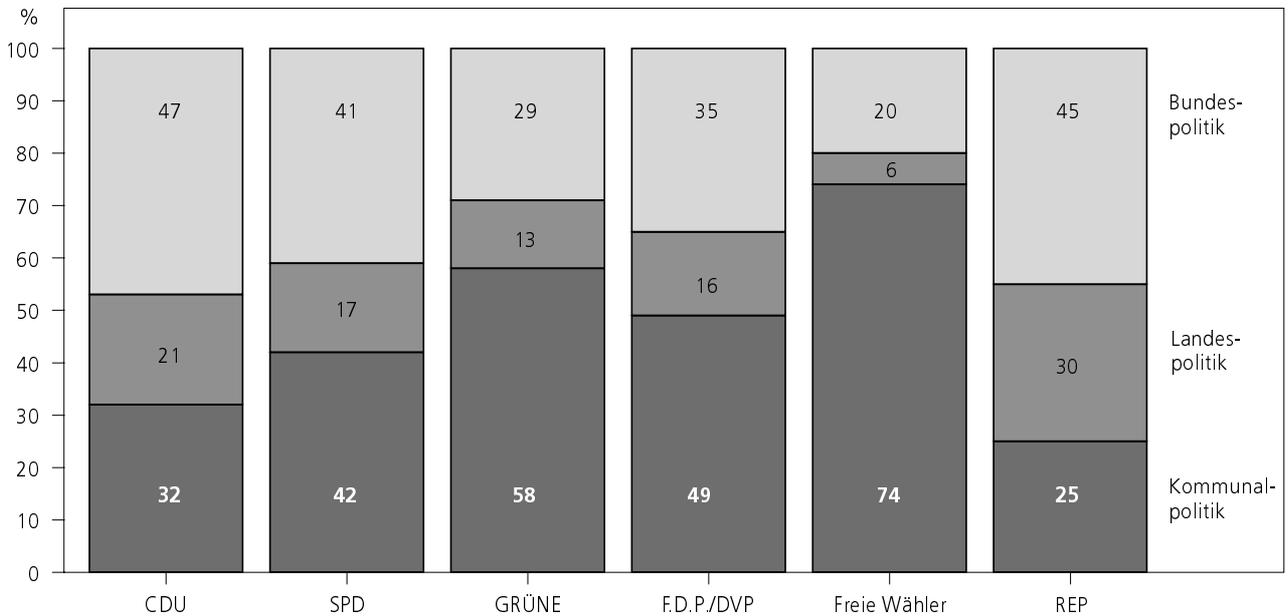


Quelle: Infratest dimap

bergischen Landtag vertreten). Von kommunalpolitischen Themen ließen sich mehrheitlich nur die Wähler der Freien

Wähler (74 %) und der GRÜNEN (58 %) in ihrer Wahlentscheidung beeinflussen (vgl. Abbildung 2).

### Bedeutung der Politikebene für die Wahlentscheidung bei der Gemeinderatswahl 1999 in Stuttgart nach Wahlvorschlägen



Quelle: Wahltagsbefragung Infratest dimap

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMUNIS

Abbildung 3

In der Differenzierung nach einzelnen Politikfeldern (vgl. Tabelle 3) wird deutlich, dass insbesondere für die CDU- und die F.D.P./DVP-Wähler die Wirtschaftspolitik (als bundespolitisches Thema) ein ganz wesentlicher Aspekt der Wahlentscheidung war. Für SPD-Wähler spielte die Arbeits-

marktpolitik auch eine relativ große Rolle, während die GRÜNEN-Wähler die Verkehrspolitik als Thema Nr. 1 hatten. Für die Wähler der REP waren die Ausländerpolitik und die Öffentliche Sicherheit und Ordnung die dominanten Politikbereiche.

### Bedeutung der Politikfelder für die Wahlentscheidung bei der Gemeinderatswahl 1999 in Stuttgart

Politikfeld	Wähler der ...						
	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P./DVP	Freie Wähler	REP	Insgesamt
	in % (Mehrfachnennungen)						
Wirtschaftspolitik	74	49	33	78	62	23	58
Ausländerpolitik	17	19	33	11	13	76	22
Arbeitsmarktpolitik	32	41	23	26	26	21	31
Verkehrspolitik	9	11	36	11	22	11	15
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	30	17	6	19	29	46	23
Kulturpolitik	9	15	29	10	12	4	14
Schulpolitik	7	10	17	11	8	1	10
Keine Angabe	4	9	7	5	7	3	6

Quelle: Wahltagsbefragung Infratest dimap

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMUNIS

Tabelle 3

## Folgerungen

Die Ergebnisse der Infratest dimap-Wählerbefragung zeigen, wie bereits die Studie des Politikinstituts zur Gemeinderatswahl 1994, sehr deutlich, dass mit steigender Gemeindegröße die Landespolitik und insbesondere die Bundespolitik für die Wahlentscheidungen von Relevanz sind. 60 Prozent der Wähler ließen sich 1999 in Stuttgart von bundes- oder landespolitischen Themen bei ihrer Wahlentscheidung bestimmen. In kleineren Städten und Gemeinden hingegen werden Kommunalwahlstimmen weit überwiegend, aber nicht ausschließlich, nach Gesichtspunkten der Kommunalpolitik vor Ort vergeben.

Kommunalwahlen in Baden-Württemberg sind Wahlen mit einem eigenständigen Charakter, daran lassen diese Befragungsergebnisse nicht zweifeln. Freilich gilt dies für die größte Stadt im Land nur mit deutlicher Einschränkung. Es

fehlen hier die Voraussetzungen für ein ausschließlich persönlichkeitsorientiertes, parteiübergreifendes Wahlverhalten. Unüberschaubarere Strukturen einer Großstadt, eine hohe Bevölkerungsfluktuation (rein rechnerisch wird die Bevölkerung Stuttgarts alle 13 Jahr ausgetauscht) bewirken nicht nur eine niedrigere Wahlbeteiligung, sondern führen auch zu einem Wahlverhalten, das sich entlang der parteipolitischen Bindungen und Neigungen der Wähler bewegt und das in erheblichem Maße in die bundes- und landespolitische Großwetterlage eingebunden ist. Die besondere Persönlichkeits- bzw. Kandidatenorientierung des baden-württembergischen Wahlrechts konzentriert sich im Wesentlichen auf die Beurteilung der Kandidaten der „eigenen Partei“, wobei auch hier wohl in einer Großstadt weniger persönliche Kandidatenkenntnis als vielmehr die Angaben auf dem Stimmzettel für die Stimmabgabe entscheidend sind.

<sup>1</sup> In den Landkreisen zählen dazu neben den Gemeinderatswahlen auch die Wahl der Ortschaftsräte und der Kreisräte; dennoch werden die Begriffe Kommunalwahlen und Gemeinderatswahlen häufig synonym verwendet.

<sup>2</sup> Für die Überlassung der Umfragedaten ist Herrn Jürgen Hofrichter zu danken.

<sup>3</sup> Telefoninterviews mit 1000 nach einer Zufallswahl ausgesuchten Befragten vom 13. bis 18. Oktober 1999; Fehlertoleranz 1,4 (bei einem Anteilswert von 5 %) bis 3,1 Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50 %).

<sup>4</sup> Eine Studie des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Stuttgart unter Leitung von Prof. Dr. Oscar W. Gabriel kam am Beispiel der Gemeinderatswahl 1994 in Stuttgart zu einem ähnlichen Ergebnis (Gabriel, 1997, S. 162). Danach waren folgende Bestimmungsfaktoren für das Kommunalwahlverhalten verantwortlich: Parteiprogramm 59 %, einzelne Themen 56 %, Kandidaten 46 %, Bundespolitik 36 %, Tradition 34 %, Wahlkampf 15 %.

## Literaturverzeichnis:

Gabriel, Oscar W.:

Kommunales Wahlverhalten: Parteien, Themen und Kandidaten, in: Gabriel, Oscar W.; Brettschneider, Frank; Vetter, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen 1997, S. 147-168 (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 188).

Löffler, Berthold; Rogg, Walter:

Kommunalwahlen und Wahlverhalten, in: Pfizer, Theodor; Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, 2. Aufl., Stuttgart 1991, S. 108-124.

Kevenhörster, Paul:

Kommunalwahlen - Instrument bürgerschaftlicher Einflussnahme auf die Kommunalpolitik?, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, München 1983, S. 157-172.

Schwarz, Thomas:

Wähler und Nichtwähler in Stuttgart. Das Phänomen Wahlbeteiligung aus der Sicht der amtlichen Wahlstatistik, Stuttgart 1992 (Statistischer Informationsdienst Sonderheft 4).

Schwarz, Thomas:

Einflussfaktoren der Wahlentscheidungen bei Gemeinderatswahlen. Das Beispiel der Landeshauptstadt Stuttgart, in: Kommunalpraxis Baden-Württemberg, 1995, S. 288-291.

Schwarz, Thomas:

Die Gemeinderatswahl am 24. Oktober 1999 in Stuttgart. Eine Analyse des Wahlverhaltens in räumlicher und sozialstruktureller Differenzierung, Stuttgart 1999 (Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 4).

# Die Kommunalstatistik im nächsten Jahrhundert



## Die Kommunalstatistik auf dem Weg ins nächste Jahrhundert

### Beiträge zum 100jährigen Bestehen des Statistischen Amtes

103 S., zahlreiche Schaubilder, 10 DM (zuzüglich Versandkosten), 5,11 Euro (zuzüglich Versandkosten)

**Aus dem Inhalt:** Die Amtsgeschichte statistisch gesehen. - Das Statistische Amt heute. -

Grußworte von **Manfred Rommel**, Oberbürgermeister, **Benno Bueble**, Ministerialdirektor im Finanzministerium,

**Sigmund Wimmer**, Ständiger Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages,

**Prof. Dr. Wolf Gaebe**, Professor für Wirtschafts- und Kulturgeographie.-

**Festvortrag von em. Prof. Dr. Heinz Grohmann: Von der traditionellen Statistik zum Informationsmanagement.-**

Beiträge zum Gründungsjubiläum von **Dr. Eberhard Leibing**, Präsident des Statistischen Landesamtes

Baden-Württemberg, **Klaus Kaiser**, Leiter der Abteilung Bevölkerung im Statistischen Amt der Landeshauptstadt

Stuttgart, **Klaus Trutzel**, Leiter des Amtes für Stadtforschung und Statistik, Nürnberg, **Dr. Klaus Lang**,

Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, **Eberhard Frank**, Leiter des Statistischen Amtes der

Landeshauptstadt Stuttgart, **Raimund Bartella**, Hauptreferent beim Deutschen Städtetag.

### Vertrieb und weitere Informationen:

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt,

Eberhardstraße 39 (Schwabenzentrum),

70173 Stuttgart,

Telefon 0711/216-34 40,

Fax 0711/216-3900

E-Mail: [poststelle.12@stuttgart.de](mailto:poststelle.12@stuttgart.de)

[komunis@stuttgart.de](mailto:komunis@stuttgart.de)

### **Veröffentlichungen zu den Themen:**

Thomas Schwarz:

**Die Gemeinderatswahl am 24. Oktober 1999 in Stuttgart,**  
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Themenheft 4/1999

Eberhard Frank:

**KOSTAT-DST GmbH - Neue Wege beim Vertrieb kommunalstatistischer Daten,**  
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 3/1999, S. 52

**Volkszählung 2001 und keine Ende - oder doch?**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 10/1999, S. 228

Rolf Wiegert:

**Der Zensus - Zu Tradition und Moderne,**  
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 10/1999, S. 241